LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

07.03.2022
Stenografischer Bericht
8/15

15. Sitzung, Montag, 07.03.2022

–

Magdeburg, Landtagsgebäude

Eröffnung 3

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

a) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf Landesregierung
- **Drs. 8/809**

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

Gesetzentwurf Landesregierung
- **Drs. 8/810**

Michael Richter (Minister der Finanzen) 4
Ulrich Siegmund (AfD) 13
Michael Richter (Minister der Finanzen) 13
Dr. Jan Moldenhauer (AfD) 13
Dr. Andreas Schmidt (SPD) 16
Dorothea Frederking (GRÜNE) 19
Dr. Andreas Schmidt (SPD) 20
Andreas Henke (DIE LINKE) 21
Jörg Bernstein (FDP) 25
Olaf Meister (GRÜNE) 27
Guido Heuer (CDU) 29
Dr. Jan Moldenhauer (AfD) 35
Guido Heuer (CDU) 35
Eva von Angern (DIE LINKE) 36
Guido Heuer (CDU) 37
Dorothea Frederking (GRÜNE) 38
Guido Heuer (CDU) 38
Dorothea Frederking (GRÜNE) 39
Guido Heuer (CDU) 40
Thomas Lippmann (DIE LINKE) 40
Guido Heuer (CDU) 41

Abstimmung 42

Schlussbemerkungen 43

Beginn: 9:34 Uhr.

Eröffnung

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 15. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der achten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Anlass der heutigen außerordentlichen Sitzung ist das Einberufungsverlangen der Landesregierung, über das Sie in der Drs. 8/751 unterrichtet wurden. Es geht um die Einbringung des Haushaltsgesetzes sowie des Haushaltsbegleitgesetzes für das Jahr 2022; dies sind die einzigen Beratungsgegenstände für diese Sitzung.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Beschluss des Landtages zum Krieg in der Ukraine, der in der letzten Sitzung gefasst wurde, in den sozialen Medien veröffentlicht worden ist, um unser Engagement bekannt zu machen. Gleichzeitig haben wir veranlasst, dass dieser Beschluss ins Russische und ins Ukrainische übersetzt worden ist; auch diese Fassungen sind bekannt gemacht worden.

(Zustimmung)

Ich weise aufgrund vieler aktueller Ereignisse noch einmal darauf hin: Wir sind als Demokraten angetreten, Konflikte mit friedlichen Mitteln und mit Diplomatie zu lösen. Im Moment werden verstärkt Anfeindungen gegen russische Bürger in unserer Gesellschaft wahrgenommen. Auch das sollten wir tunlichst unterbinden

(Beifall)

und dabei helfen, dass diese Auseinandersetzungen anders geführt werden.

Wir sind heute zusammengekommen, um ein Haushaltsbegleitgesetz und ein Haushaltsgesetz zu verabschieden. Ich denke, das ist sehr wichtig. Beim ersten Hineinschauen haben wir festgestellt, dass die Frage der Energie eine ganz entscheidende Rolle spielen wird. Dazu müssen wir uns noch einmal verständigen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung liegen nicht vor.

Zur Tagesordnung. Wir behandeln heute nur einen Tagesordnungspunkt. Widerspricht jemand der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen worden.

Wir kommen zu dem

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

a) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 8/809**

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 8/810**

Meine Damen und Herren! Die Gesetzentwürfe werden zunächst von dem Minister

der Finanzen eingebracht. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 120 Minuten - das ist die Redezeitstruktur F - vereinbart. Wie sich die Redezeiten der einzelnen Fraktionen darstellen, das weiß, glaube ich, jeder. - Ich erteile dem Finanzminister das Wort.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen dafür, dass Sie mit dieser Sondersitzung den Weg für eine zeitnahe Einbringung des Haushaltsplanentwurfes der Landesregierung in den Landtag frei gemacht haben. - Herr Präsident, es wäre gut, wenn wir den Haushaltsplan heute schon verabschieden könnten.

(Lachen)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Ach so, naja.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Ich weiß ebenso den ambitionierten Zeitplan zu schätzen, der es ermöglicht, die parlamentarischen Verhandlungen zu dem Haushaltsplan in den Fachausschüssen bis Anfang Mai abzuschließen. So können Sie schon Ende Mai den Haushaltsplan 2022 verabschieden. Die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung kann dadurch so kurz wie möglich gehalten werden. Das ist in unser aller Interesse.

Lassen mich kurz zurückschauen. Nach den Wahlen im Juni 2021 wurde im September eine neue Landesregierung gebildet, die sich sofort dem Thema Sondervermögen „Corona“ als wesentlichem Teil eines Nachtragshaushaltes 2021 gewidmet hat. Schon dies war eine anspruchsvolle Aufgabe. Erinnern möchte ich allein an die intensiven Beratungen zu den Einzelmaßnahmen in den Fachausschüssen und an die Diskussion zur rechtlichen Vertretbarkeit der Maßnahmen im Sondervermögen.

Die Vorarbeiten für den Haushaltsplanentwurf 2022 konnten somit erst Ende November 2021, parallel zu den Haushaltsverhandlungen zum Nachtragshaushalt 2021, starten. Auch diese Verhandlungen waren sehr intensiv, da die Deckungslücke - das ist kein Geheimnis - zwischen den geplanten Ausgaben und den zu erwartenden Einnahmen beträchtlich war.

Nun liegt Ihnen der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung vor. Meine Damen und Herren, wenn Sie mich als Finanzminister fragen, ob ich all das erreicht habe, was ich mir für den Haushalt 2022 vorgenommen habe, dann muss ich ehrlich sagen, es ist nicht in Gänze gelungen, einen realistischen Haushalt so aufzustellen, dass wir davon ausgehen können, dass wir alles ohne Probleme zum Abfluss bekommen.

Die Landesregierung hatte sich in einer intensiven Haushaltsklausur im November 2021 vorgenommen, Schwerpunkte festzulegen, die Grundlage des Haushaltsplanentwurfs werden sollten. Teilweise haben wir es geschafft, teilweise haben wir es noch nicht geschafft. Insoweit haben wir für das Jahr 2023 und die folgenden Jahre noch einiges vor. Darauf werde ich nachher noch zu sprechen kommen. Aber wie gesagt: Wir haben immerhin die ersten Schritte gemacht.

Einige reden von einem Rekordhaushalt. Ja, wenn wir uns allein das coronabereinigte Gesamtvolumen von mehr als 13,348 Milliarden € anschauen, dann ist festzustellen, dass wir

eine riesige Summe zur Verfügung haben. Hinzu kommen coronabedingte Ausgaben in Höhe von mehr als 206 Millionen €; diese werden wie in den Vorjahren über eine Notlagenkreditermächtigung im Notlagenjahr 2022 finanziert.

Um den Haushaltsplanentwurf in seiner Dimension ins Verhältnis zu setzen, bietet sich ein coronabereinigter Vergleich zu den Vorjahren an. Das Haushaltsvolumen lag im Jahr 2020 im Ist bei 11,5 Milliarden €. Im vorläufigen Ist betrug das Haushaltsvolumen 2021 11,8 Milliarden €. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf weist ein Volumen von sage und schreibe 13,3 Milliarden € aus. Das bedeutet ein Plus von 1,5 Milliarden € gegenüber dem Vorjahr, und das ohne die pandemiebezogenen Maßnahmen des Sondervermögens „Corona“. Hierfür sind für dieses Jahr Mittel in Höhe von 699 Millionen € eingeplant worden.

In Summe stehen im Jahr 2022 damit Mittel in Höhe von 14 Milliarden € für Ausgaben bereit. Sie können davon ausgehen, dass wir uns sehr wohl die Abflusszahlen im Laufe dieses Jahres anschauen werden; denn diese sind auch bedeutsam für die Verhandlungen zu dem Haushaltsplan 2023. Der Finanzminister wird sich mit den einzelnen Fachministern und Fachministerinnen sehr wohl auseinandersetzen, um zu schauen, ob die Abflusszahlen tatsächlich dem entsprechen, was wir im Kabinett für den Haushaltsplan 2022 gemeinsam beschlossen haben.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Ich komme zu dem Haushaltsplan 2022 im Einzelnen. Sie sehen, die Landesregierung hat sich für das Jahr 2022 sehr viel vorgenommen. Wir werden die Ärmel hochkrempeln, auch hochkrempeln müssen.

Die Digitalisierung bei den Kommunen, in der Krankenhauslandschaft, in der Landesverwaltung, in den Schulen und bei der Polizei muss unbedingt vorangebracht werden. Hierzu sind Mittel im IT-Haushalt, im Einzelplan 19, und im Sondervermögen „Corona“ vorgesehen. Eine Gesamtbetrachtung ist an dieser Stelle essenziell. Im Einzelplan 19 wurde für die anstehenden Aufgaben in ausreichendem Umfang hauswirtschaftliche Vorsorge getroffen und eine globale Mehrausgabe im Umfang von 45 Millionen € zusätzlich veranschlagt.

Die wichtigsten Vorhaben sind nach wie vor die Modernisierung des Landesdatennetzes und die Umsetzung der Einzelmaßnahmen nach dem Onlinezugangsgesetz. Es stehen massive Mittel in Höhe von insgesamt 700 Millionen € im Sondervermögen „Corona“ bereit. Digitalisierung kann also geschehen, Digitalisierung muss geschehen. Sie wird mittel- bis langfristig eine Digitalisierungsrendite zeitigen, die an anderer Stelle Spielräume eröffnet.

Meine Damen und Herren! Fast ein Drittel des Haushaltsvolumens erhalten die Kommunen. Die Leistungen auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes erhöhen sich um 107 Millionen € auf 1,735 Milliarden €. Darüber hinaus sind im Haushaltsplanentwurf zahlreiche weitere Zahlungen an die Kommunen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes veranschlagt worden. Das sind zum Beispiel Zuweisungen für Investitionen in Kreisstraßen, für das Kinderförderungsgesetz und für weitere Sozialleistungen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle die Übersicht zu den Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich im Vorbericht des Haushaltsplanentwurfes 2022 ans Herz legen. Darin werden die Zahlen aufgegliedert nach Leistungen aus dem FAG, nach sonstigen in den Einzelplänen

veranschlagten Zahlungen sowie nach deren Rechtsgrundlage.

Die Zahlungen außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes summieren sich auf insgesamt 2,445 Milliarden € und machen damit fast 60 % der Gesamtzahlungen an die Kommunen in Höhe von 4,18 Milliarden € aus. Das ist ein Plus von 577 Millionen € gegenüber dem Vorjahr. Ich bitte Sie, sich das in Anbetracht der Diskussion, die in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren geführt wurde, vor Augen zu halten.

Der Haushaltsplanentwurf zeigt, dass das Land, bezogen auf seine eigene Leistungsfähigkeit, mehr als angemessen auf die Belange der Kommunen eingeht. Den Kommunen werden z. B. im Jahr 2022 Mittel in Höhe von 240 Millionen € zur Verbesserung ihrer kommunalen Infrastruktur - ein mir sehr wichtiges Thema - pauschal zur Verfügung gestellt. Wenn Sie sich die Zahlen für das Jahr 2021 anschauen, sehen Sie, dass wir hier eine Erhöhung um 25 Millionen € haben.

Auch schon in den vergangenen beiden Coronajahren hat das Land seine Kommunen tatkräftig unterstützt. Das Land lebt die Partnerschaft zu seinen Kommunen. Das Land braucht leistungsstarke Kommunen. Die Kommunen brauchen aber auch ein dauerhaft leistungsfähiges Land.

Ich erinnere daran, dass im Jahr 2021 - Stichwort: Ausgleich der Gewerbesteuer - Mittel in Höhe von 162 Millionen € - übrigens weit überkompensiert, weil die Ausfälle nicht so stark waren - und darüber hinaus Mittel in Höhe von 66 Millionen € für andere Steuerarten zur Verfügung standen. Insgesamt waren es 22 Millionen €; auch dort gab es eine starke Überkompensierung. Sie sehen, dass wir auch im Jahr 2021 eine Menge in diesem Bereich getan haben. Im Übrigen: Im Gegensatz zum Land, das in erheblichem Umfang Schulden aufnehmen musste, konnten die Kommunen sogar Schulden tilgen. Genau diese Balance ist die Herausforderung, der sich beide Seiten stellen müssen.

Das Land stockt die Gesamtzahlungen an die Kommunen um rund 577 Millionen € auf. Dabei ist die Zahlung der Kommunalpauschale aus dem Sondervermögen in Höhe von 145 Millionen € noch nicht eingerechnet. Priorität hat jetzt, dass die Mittel fair und effizient an die kommunalen Gruppen ausgereicht werden. Vor diesem Hintergrund werden wir die finanzielle Verteilung der Mittel innerhalb der kommunalen Familie analysieren und - davon gehe ich aus - anpassen müssen. Auch hierbei sind wir mit tatkräftiger Unterstützung des Finanzausschusses tätig.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren! Ein weiterer großer Brocken im Haushaltsplan des Landes ist der Sozialhaushalt im Einzelplan 05. Während die Ausgaben im Bereich der Kinderförderung im Vergleich zum Vorjahr nur sehr moderat steigen - das hängt mit der Zahl der Kinder zusammen -, sind sie im Fünfjahresvergleich - das ist schon von Bedeutung - von 346 Millionen € im Jahr 2018 auf mittlerweile 442 Millionen € im Haushaltsplanentwurf 2022 angestiegen. Das bedeutet ein Plus von fast 100 Millionen €, und das in fünf Jahren.

Die Krankenhausinvestitionen werden von rund 48 Millionen € im vorläufigen Ist auf 82 Millionen € ansteigen. Wie wichtig der Gesundheitssektor ist, hat uns die Coronapandemie vor Augen geführt. Ergänzt werden können diese Investitionen wiederum um Mittel aus dem

Sondervermögen „Corona“. Für die Stärkung des Gesundheitswesens und des Gesundheitsmanagements stehen im Sondervermögen Mittel in Höhe von ca. 975 Millionen € zur Verfügung. Hierbei müssen wir koordiniert, schnell und zukunftsweisend agieren. Es braucht schnell eine gesunde, leistungsstarke und zukunftsgerichtete gesundheitspolitische Strategie. Auch dieser Aufgabe haben wir uns als Landesregierung verschrieben.

Im Koalitionsvertrag haben wir geregelt, dass unverzüglich ein Gutachten zur Ermittlung des zukünftigen regionalen Versorgungsbedarfs und der Versorgungsstrukturen inklusive der Notfallstrukturen sowie des sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs auszuschreiben ist, damit der langfristige Investitionsbedarf ermittelt werden kann. Die großen Summen, die der Haushaltsgesetzgeber für diese Aufgaben zur Verfügung stellt, sollen in Strukturen fließen, die zukunftsfest sind.

(Zustimmung)

Beim Sozialhaushalt muss auch die Bedeutung der Sozial- und Eingliederungshilfe nochmals herausgehoben werden. Dies sind Rechtsverpflichtungen aufgrund von Bundesgesetzen, die im Haushaltsplanentwurf einen Zuschussbetrag von nunmehr 693 Millionen € ausmachen.

Meine Damen und Herren! Im Personalbereich gab es zugegebenermaßen die härtesten Verhandlungen innerhalb der Landesregierung. Wichtig ist, dass alle Anwärterinnen und Anwärter bei der Polizei und alle Referendarinnen und Referendare bei den Schulen übernommen werden können. Wir müssen in diesen Bereichen vor die Kurve kommen und den zu erwartenden Altersabgängen, insbesondere bei Polizisten und Lehrern, schon jetzt und in naher Zukunft noch viel mehr kräftig entgegenwirken. Unser VZÄ-Ziel, also das Ziel der beschäftigten Vollzeitäquivalente, steigt daher auf 42 900 VZÄ leicht an. Das sind fast 1 500 VZÄ mehr als im Ist des Jahres 2021.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz verweilen. Wir hatten im Kabinett besprochen, dass wir 42 500 VZÄ anstreben. Ausgangspunkt war der 31. Dezember 2020. Ich nenne dazu einige Zahlen, damit man das auch einordnen kann: Wir hatten Ende 2021 ein Ist von 41 425 VZÄ. Nun geht jeder - wir haben für 2021 entsprechend höhere VZÄ-Zahlen eingeplant - davon aus, dass die Zahl auch ansteigt. Nein, das war nicht der Fall. Wir haben sogar noch acht VZÄ weniger als im Jahr 2020 gebraucht, nämlich 41 418.

In den Diskussionen, die man mit den lieben Kolleginnen und Kollegen hat, heißt es dann: Im Dezember wird noch viel umgesetzt. - Das war leider nicht so. Wir haben insgesamt noch 50 VZÄ weniger gehabt als zum Ende des Monats November 2021. Nun wird immer gesagt: Der große Zuwachs entsteht durch die Polizei, den Vollzug und die Verwaltung oder durch die Schulen, allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen. Ich zeige einmal eine andere Zahl auf: Wir haben in allen anderen Bereichen zusammen zum Jahr 2022 einen Aufwuchs um insgesamt 727 VZÄ. Die Diskussion, die man führt, sollte man also von beiden Seiten aus sehen. Man sollte nicht nur den beiden großen Bereichen die Verantwortung zuschieben. Auch hierbei haben wir also einen erheblichen Zuwachs.

Was heißt das in der Umsetzung für das Jahr 2022? - Wenn man das alles zusammenrechnet, das Ist von 2020 oder von mir aus auch von 2021, dann sind wir jetzt bei 42 900 VZÄ. Darüber hinaus gehen insgesamt rund 575 VZÄ aus der Verwaltung heraus - das

sind Altersabgänge, die tatsächlich ausscheiden müssen. Darüber hinaus reden wir von einer „sonstigen Fluktuation“ - das sind all diejenigen, die früher ausscheiden. Sie können davon ausgehen, dass wir ungefähr bei über 1 700 VZÄ liegen werden. Das heißt, insgesamt werden fast 3 800 VZÄ zur Verfügung stehen. Wir schaffen im Schnitt 2 000 bis 2 500 VZÄ. Es wird also sehr interessant werden, ob die Zahlen in diesem Jahr erreicht werden können.

Ich blicke einmal zu Herrn Lippmann; er schaut mich so an. Bei dem Thema Schulen, allgemeinbildende Schulen und Lehrer werden Sie nicht die Zahl 14 500 sehen, sondern Sie werden dort die Zahl 14 000 sehen, weil wir sie für realistischer halten. Wir müssen das schließlich auch finanziell untersetzen. Ich will ganz deutlich sagen: Wenn wir in der Lage sind, mehr Lehrer einzustellen, so können wir auch 14 500 einstellen, weil wir dazu über Personalverstärkungsmittel in der Lage wären. Ich sage das nur, damit es keine Irritationen dahin gehend gibt, dass wir bei der Lehrerzahl sparen würden. - Das zu den Zahlen.

(Zuruf: Die Kürzungen der Personalkostenbudgets sind viel größer als die 500!)

- Dazu kann man im Einzelnen kommen, Herr Lippmann.

(Zuruf: Machen wir ja auch!)

Nun gucken wir einmal, ob dieser Personalanstieg sich auch bei der aktuellen Arbeitsmarktsituation realisieren lässt. Insoweit bleibt das abzuwarten. Wir befinden uns in einem sehr starken Spannungsverhältnis: Auf der einen Seite steigt der Personalbedarf für die Umsetzung der Vorhaben der Digitalisierung, auf der anderen Seite steht der Fachkräftemangel. Hinzu kommt die finanzpolitische Notwendigkeit, den Gesamtpersonalbestand auf den Länderdurchschnitt pro 100 000 Einwohner zurückzufahren.

Ich erkläre Ihnen auch gleich den Hintergrund dessen: Sachsen-Anhalt liegt hierbei über dem Durchschnitt, und wir können uns das nur für kurze Zeit leisten, und zwar aufgrund der immer noch sehr geringen Belastungen durch Pensionen für Beamte. Doch mit jedem Beamtenjahrgang, der neu in den Ruhestand geht, nimmt dieser historische Vorteil gegenüber den westdeutschen Bundesländern ab. Schauen Sie einmal nach Bayern oder Baden-Württemberg, dort ist das kaum noch beherrschbar, wenn man sich die ganzen Pensionäre anschaut und den damit verbundenen Aufwand, der dort mit dem Personalhaushalt betrieben wird. Insoweit, sage ich, haben wir einiges zu tun, um letztlich zu einer realistischen Personalzahl, zu einem realistischen Personalbestand zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ein wichtiges Zukunftsthema, welches auch im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung seinen Niederschlag findet, ist die Schaffung einer Wasserstoffinfrastruktur und der hierauf folgende Aufbau von Wasserstoffproduktionsstätten in Sachsen-Anhalt. Wir als Land müssen für den Wettbewerb unter den Regionen in Deutschland und in Europa Vorsorge treffen.

In dem Haushaltsplanentwurf ist daher bereits eine Verpflichtungsermächtigung im Umfang von 42,7 Millionen € im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums vorgesehen. Damit soll das Land gewappnet werden, Landeskofinanzierungsmittel sicherzustellen, falls der Bund - hoffentlich - Projekten in Sachsen-Anhalt den Zuschlag erteilt. Wenn während der parlamentarischen Beratung über den Haushalt Veranschlagungsreife entsteht, werden wir Ihnen auch eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung für den Einzelplan des Umwelt-

ministeriums empfehlen. Auf alle Fälle ist das Engagement des Bundes zu begrüßen; denn ein Infrastrukturaufbau ist für das Land nur gemeinsam, in Abstimmung mit dem Bund finanziell zu stemmen und wirtschaftlich sinnvoll.

Kommen wir zu dem Thema Bau. Beim Landeshochbau und beim Hochschulbau werden das Jahr 2022 und auch der Haushaltsplan 2022 eine Zäsur darstellen. Wir müssen hierbei neue Wege gehen. Im Haushaltsplanentwurf 2022 sind Mittel in Höhe von 120,3 Millionen € für den Ressortbau vorgesehen. Hiervon sind allein 37 Millionen € für die Bauerhaltung und für kleine Baumaßnahmen eingeplant. Auch das Vorantreiben der laufenden Bauprojekte hat Priorität. So sind bspw. für das strukturprägende Projekt „Polizeiinspektion Magdeburg“ Mittel in Höhe von 35,4 Millionen € im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt worden, in der Hoffnung, dass wir das so schnell wie möglich einsetzen können, damit wir den Bau in den nächsten Jahren abschließend realisieren können.

Im Hochschulbau sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 79,5 Millionen € vorgesehen, davon 29,7 Millionen € für Bauunterhaltung und kleinere Maßnahmen und 13,7 Millionen € für die Fortführung des Projektes „MLU Halle, Ernst-Grube-Straße“. Zum anderen plant die Landesregierung, neue Bauprojekte zukünftig über die Projekt- und Planungsgesellschaft IPS in die Wege zu leiten. Wir wollen bei der Finanzierung wichtiger großer Bauprojekte neue Wege gehen und gleichzeitig die Umsetzung der Baumaßnahmen zeitlich deutlich straffen.

Die Bauprojekte der IPS sollen über Kapitalzuweisungen des Gesellschafters Land finanziert werden. Diese Kapitalzuweisungen wiederum stellen finanzielle Transaktionen im finanzwirtschaftlichen Sinne für das Land dar und können im Einklang mit der grundgesetzlichen Schuldenbremse grundsätzlich kreditfinanziert werden. Die landesgesetzliche Schuldenbremse lässt dies aktuell noch nicht zu. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz wird daher eine Anpassung der landesgesetzlichen Schuldenbremse in § 18 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung vorgesehen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass von den im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung vorgesehenen Kapitalzuführungen im Umfang von 25 Millionen € bei Anwendung dieser neuen Regelung 21,2 Millionen € über eine Kreditermächtigung finanziert werden können. Als erstes großes Projekt der IPS ist der Neubau des Landeskriminalamtes geplant.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen einige Beispiele für wichtige Aufgabenbereiche, wie Kommunen und Personal, bzw. für bestimmte Vorhaben, wie Wasserstoffinfrastruktur, Digitalisierung von Krankenhausinvestitionen der Landesregierung, gegeben. Natürlich beinhaltet der Haushaltsplanentwurf noch mehr zukunftsweisende Vorhaben der Landesregierung. Ich bin sicher, dass Sie dazu in den Fachausschüssen intensiv beraten werden.

Nun fragt man sich: Wie kann man all das finanzieren, wenn man vorher eine Lücke von 1,5 Milliarden € hatte? Ich habe vorhin schon gesagt: Die Beratungen waren intensiv. Ungefähr die Hälfte der Mittel wurde durch die Beratungen eingesammelt, wie man so schön sagt. Aber das reicht nicht aus, um Ausgaben in Höhe von 13,4 Milliarden € stemmen zu können.

Ein Weg zur Finanzierung des Ausgabenaufwuchses ergibt sich dadurch, dass die Steuerschätzung im November 2021 deutlich besser ausgefallen ist als die Steuerschätzung im

Mai 2021. Dadurch ergab sich eine Verbesserung um insgesamt 431 Millionen €.

Des Weiteren haben wir die Möglichkeit gehabt - ich sage ausdrücklich: das war im Jahr 2022 möglich; das wird im Jahr 2023 nicht mehr der Fall sein -, Zahlungsanträge der EU-Strukturfonds ESF, EFRE und ELER aus dem Jahr 2021 mit einem Volumen von rund 285 Millionen € in das Jahr 2022 zu verschieben.

Weiterhin kann der deutliche Aufgabenaufwuchs finanziert werden durch:

- das Vorziehen der Kosten der Nachalimentation von Beamten mit Kindern vom Jahr 2022 auf das Jahr 2021 in Höhe von rund 130 Millionen €,

- die Verschiebung der Auflösung der Steuerschwankungsreserve in Höhe von 105 Millionen € vom Jahr 2021 in das Jahr 2022,

- den Verzicht der geplanten Tilgung von 100 Millionen € - das tut besonders weh - und

- eine Kreditaufnahme in Höhe von 227 Millionen € im Jahr 2022.

Ich habe vorhin schon gesagt, dass das eine notlagenbedingte Kreditaufnahme in Höhe von 206 Millionen € und darüber hinaus eine Kreditaufnahme für finanzielle Transaktionen in Höhe von 21 Millionen € umfasst.

All das zusammen hat dazu geführt, dass wir diesen Haushalt insgesamt ausgleichen konnten. Ich sage ausdrücklich: Das gilt für das Jahr 2022. Ich komme auf das Jahr 2023 noch zu sprechen. Damit bin ich noch gar nicht bei der konkreten Situation, die sicherlich noch ganz andere Auswirkungen auf unser Land haben wird.

(Zustimmung)

Anders als in den Vorjahren - das war die Kritik dieses Hohen Hauses - wird der Aufwuchs bei den Ausgaben nicht durch eine globale Minderausgabe, kurz: GMA, bei Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - gedeckt. Für die Jahre 2020 und 2021 hatten wir jeweils eine GMA in Höhe von 222,5 Millionen € eingestellt. Der Verzicht auf eine GMA in dieser Größenordnung ist ein wichtiger Schritt hin zu einem soliden Haushalt.

Ich muss sagen: Es gibt hierbei eine Ausnahme, das ist die GRW. Dort haben wir auch in den Vorjahren immer eine kleine GMA berücksichtigt. Das hängt einfach mit den Verschiebungen zusammen, die dort zwangsläufig sind. Dort haben wir eine GMA in Höhe von 15,7 Millionen € vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Jahr 2022 zeigt, dass Zukunftsthemen angegangen werden. Dies ist unser Anspruch. Der Vollzug des Haushaltsplans mit dem Ziel, das Geld auf die Straße zu bringen, wird für die Landesverwaltung die zentrale Herausforderung im Jahr 2022 sein. Es ist keine GMA eingestellt worden, die die Häuser daran hindern könnte, beim Mittelabfluss in die Vollen zu gehen.

Hinzu kommt das Sondervermögen „Corona“, dessen Maßnahmen alle noch im Jahr 2022 begonnen werden müssen. Das haben Sie mit uns erörtert und entsprechend beschlossen. Das Geld für Maßnahmen, die im Jahr 2022 nicht begonnen werden, geht sofort in die Tilgung.

(Zustimmung)

Die Mittel aus dem Corona-Sondervermögen sind den Ressorts zugewiesen worden und können bereits seit Beginn des Jahres 2022 verausgabt werden.

Ich habe die von Ihnen beschlossene Kommunalpauschale in Höhe von 45 Millionen € bereits am 31. Januar 2022 den Kommunen zugewiesen. Das sind die ersten 45 Millionen € von knapp 2 Milliarden €.

(Zustimmung)

Am Donnerstag der vergangenen Woche habe ich gemeinsam mit dem Wissenschaftsminister die Betrauungsvereinbarungen mit den Universitätsklinika mit einem Volumen von insgesamt 434 Millionen € unterzeichnet. Die Summe wird mit 320 Millionen € aus dem Corona-Sondervermögen sowie mit 114 Millionen € aus dem Nachtragshaushalt 2021 finanziert. Beide Uniklinika können sich im Ergebnis mit den gleichen finanziellen Startbedingungen den Herausforderungen der Zukunft stellen. Ich werbe dafür, dass sie dies gemeinsam tun.

Meine Damen und Herren! Schon jetzt zeigt sich - das möchte ich in aller Klarheit sagen -, dass nur ein kleines finanzpolitisches Zeitfenster für den Zukunftsschub des Sondervermögens besteht. Diesen Zukunftsschub nach der Pandemiekrise halte ich für unbedingt notwendig. Wie für alle Krisen gilt: Wir wollen und werden stärker aus ihr herauskommen, als wir hineingeschlittert sind.

(Zustimmung)

Schon im Jahr 2023 wird der finanzpolitische Spielraum wesentlich enger sein. Ich erinnere hierbei z. B. an die Tarifsteigerungen ab Dezember 2022 um 2,8 % - das entspricht knapp 100 Millionen € - und an die aktuelle Inflation. Sie müssen wissen, dass die Steuerschätzung im November 2021 davon ausging, dass die Inflation auf keinen Fall so hoch sein wird, wie sie sich jetzt zeigt und wie sie sicherlich in den nächsten Monaten anhalten wird. Darüber hinaus ist die Steuerschätzung im November 2021 noch davon ausgegangen, dass die Lieferketten wieder stehen; doch es sieht nicht danach aus. Das wird dazu führen, dass wir sicherlich die Mai-Steuerschätzung abwarten müssen, um zu sehen, ob das Mehr von 300 Millionen € gegenüber der Steuerschätzung für das Jahr 2021 auch wirklich eintreten wird.

Hinzu kommt - ich habe es schon gesagt -: Viele Sondereffekte, die wir auf der Einnahmenseite im Jahr 2021 noch generieren konnten, wird es nicht mehr geben. Damit bin ich noch nicht beim Ukrainekrieg. Wir alle wissen noch nicht, wie sich das, gesamtwirtschaftlich gesehen, national und international auswirken wird und welche Konsequenzen daraus für die Steuereinnahmen und die öffentlichen Haushalte resultieren werden. Aber ich sage schon jetzt: Es wird sicherlich auch zu Auswirkungen kommen, sodass wir sehen müssen, wie wir in den nächsten Monaten zu einer realistischen Einschätzung der Einnahmenseite und der Ausgabenseite für das Jahr 2023 kommen werden. Hinzu kommt, dass wir für das Jahr 2023 auch Mittel für die Tilgung vorsehen müssen, zumindest nach jetzigem Stand wird das voraussichtlich so sein.

Alles zusammen wird dazu führen, dass die Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2023 sicherlich weitaus anstrengender sein werden als das, was wir bisher hatten.

Ich möchte etwas zu dem Haushaltsgesetz selbst sagen. Wir haben auch dort einige

Anpassungen vorgenommen. Wir haben den Bürgschaftsrahmen auf 4 Milliarden € erhöht, um das Instrument der Bürgschaft gerade im Zusammenhang mit Förderprogrammen der Investitionsbank zu stärken.

Die Flexibilisierungsregelungen für die Umsetzung von Bundesprogrammen, etwa die Stärkung der Kohleregion, für die Umsetzung der EU-Strukturfonds und für sich zeitlich verschiebende Bauvorhaben des Landes wurden vereinheitlicht und teilweise neu aufgenommen.

Die Auflösung der Steuerschwankungsreserve ist um ein Jahr nach hinten verschoben worden, damit wir sie im Jahr 2022, wie vorhin schon ausgeführt, für die Kompensation von Steuermindereinnahmen gegenüber der letzten Vor-Pandemie-Steuerschätzung einsetzen können.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich diesen Haushalt abschließend bitte anhand folgender finanzwirtschaftlicher Quoten einordnen:

Die Investitionsquote steigt auf 18,2 %. Jedes alte Bundesland würde uns dafür bewundern. Ich muss aber auch deutlich sagen: Wir hatten im Haushaltsplan für das Jahr 2021 eine Investitionsquote von mehr als 16 % vorgesehen, aber - das ist ein Problem, das wir in diesem Land seit Jahren haben - sie lag tatsächlich nur bei 12,5 %. Das heißt, Investitionsmittel in erheblichen Größenordnungen fließen nicht ab.

Die Steuerdeckungsquote ist mit 60,2 % noch immer nicht auf dem Vor-Corona-Niveau. Im Ist des Jahres 2019 betrug sie 64,7 % und im Ist des Jahres 2018 sogar 65,4 %.

Ich möchte an dieser Stelle auch die folgende Zahl einmal genannt haben. Wenn der Haushalt wie geplant vollzogen wird, wird die Verschuldung des Landes Ende des Jahres 2022 bei insgesamt etwas mehr als 23,2 Milliarden € liegen. Ich erinnere auch daran, dass die Zinsaufwendungen in den Zeiten, in denen die Zinsen weitaus höher waren und wir eine Verschuldung noch nicht in dieser Größenordnung hatten, knapp unter 1 Milliarde € lagen.

(Zustimmung)

Mittlerweile sind wir bei etwas mehr als 300 Millionen €. Das heißt, wenn sich an der Zinsschraube einiges dreht, dann wird sich das natürlich auch massiv auf den Haushalt auswirken. Dazu muss ich sagen, unsere Anlagestrategie ist so, dass wir natürlich versuchen, das so zu verteilen, dass es uns, wenn die Zinsen hochgehen, nicht sofort erwischen wird, sondern dass es sich über Jahre hinziehen wird.

Ich appelliere an Sie: Wenn Sie in den Beratungen über die eine oder andere Mehrausgabe sprechen - es ist schon einiges über die Presse verlautbart worden -, denken Sie bitte daran: Wenn Sie auf der einen Seite Dauertatbestände schaffen, dann müssen Sie - das sage ich Ihnen wirklich in dieser Klarheit - auf der anderen Seite Dauertatbestände eindämmen bzw. vermindern, ansonsten wird das in den Folgejahren nicht mehr aufgehen.

(Beifall)

Ich bitte um Unterstützung für den Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2022 sowie für die beiden Gesetzentwürfe und wünsche mir konstruktive Beratungen und Ergebnisse im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen.

Lassen Sie uns die Herausforderungen im Sinne einer zukunftsgewandten Entwicklung unseres Landes annehmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke, Herr Minister. Ich glaube, ich habe vorhin eine Frage von Herrn Siegmund gesehen. Würden Sie diese beantworten?

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Ja.

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Herr Siegmund, bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Minister, ich habe eine Frage zu dem Gutachten bezüglich der medizinischen Versorgungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Das war in der letzten Legislaturperiode ein ziemlicher Konfliktpunkt; jetzt soll es doch gemacht werden. Ich möchte Sie fragen: Welche Kosten planen Sie allein für dieses Gutachten ein? Mit welchen Kosten rechnen Sie? Haben Sie einen Planungshorizont, wann wir mit einem Ergebnis rechnen können?

Michael Richter (Minister der Finanzen):

In dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2021 sind dafür Mittel in Höhe von 4 500 € eingestellt worden. Ich gehe davon aus, dass die Gesundheitsministerin und wir im Kabinett jetzt recht schnell in der Lage sein werden, dieses Gutachten zu beauftragen.

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Okay, danke. - Dann setzen wir die Debatte fort. Für die AfD-Fraktion hat der Abg. Herr Dr. Moldenhauer für 20 Minuten das Wort. Der Herr Minister hat seine Zeit nicht überschritten; damit verlängert sich auch die Redezeit der Fraktionen nicht.

Dr. Jan Moldenhauer (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Der vorliegende Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 wurde mittlerweile von der Realität eingeholt. Schließlich basiert der Entwurf auf den Zahlen der Steuerschätzung vom November 2021. Damit ist er nicht einmal das Papier wert, auf das er gedruckt wurde.

Im November 2021 nahm die aktuell langsam abklingende Coronawelle gerade an Fahrt auf. Daraufhin beschlossen die regierenden Altparteien wirtschaftsschädliche Eindämmungsmaßnahmen, die teilweise bis zum heutigen Tage Bestand haben. Diese wirtschaftsschädlichen Maßnahmen haben finanzpolitische Folgewirkungen.

Außerdem ahnte im November 2021 niemand, dass der auf dem eurasischen Schachbrett ausgetragene Konflikt zwischen der NATO einerseits und Russland andererseits derart eskalieren würde. Niemand ahnte, dass das ukrainische Volk auf tragische Weise zum Spielball zweier Großmächte werden würde.

(Zuruf: Zweier Großmächte?)

Dementsprechend war auch nicht abzusehen, dass die westlichen Staaten beispiellose Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen würden. Die sich in diesen Tagen immer schneller drehende Eskalationsspirale hat verheerende Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Zurufe: Zum Haushalt, Kollege! - Weiterer Zuruf)

Sie wird die Haushaltseinnahmen unseres Landes massiv beeinträchtigen. Schließlich wird die Inflation in unserem Land, vor allem wegen der explodierenden Energie- und Lebensmittelpreise, weiterhin fröhliche Urstände feiern. Dadurch wird die Kaufkraft der Bürger in unserem Land weiter abnehmen. Zusätzlich werden neue Lieferkettenengpässe auftreten. Diese Engpässe treten zum Teil bereits heute zutage. Aufgrund dessen werden weitere Unternehmen in unserem Land gezwungen sein, ihre Produktion entweder zu drosseln oder zu unterbrechen. Womöglich steht uns sogar eine Stagflation ins Haus. Außerdem könnte der weltweite Finanzsektor aufgrund der Sanktionen gegen russische Banken neuerlich in Wallung geraten.

Wir halten fest: Die Sanktionen des Westens gegen Russland wirken als finanzpolitischer Brandbeschleuniger. Vor dem Hintergrund dieser sich am Horizont abzeichnenden Krisenszenarien steht zu vermuten, dass die Steuerschätzung vom Mai 2022 für die Landesregierung im Allgemeinen und für Finanzminister Richter im Speziellen eine böse Überraschung bereithalten wird.

Aufgrund dieser unklaren Gemengelage ist der vorliegende Rekordhaushaltsplanentwurf mit einem Gesamtvolumen von 13,5 Milliarden € ein finanzpolitischer Koloss auf tönernen Füßen. - So viel zu den Implikationen der geopolitischen Großwetterlage.

Nun zu der fortgesetzten Schuldenpolitik der Landesregierung. Der Schuldenberg unseres Landes wächst weiterhin dramatisch und es ist kein Ende in Sicht. Laut aktueller mittelfristiger Finanzplanung beträgt der derzeitige Schuldenstand des Landes rund 23,7 Milliarden €; Anfang 2019 waren es noch 20,1 Milliarden €. Die Verschuldungsorgie der Altparteien hat also in den letzten Jahren zu einem Schuldenanstieg um 3,6 Milliarden € geführt. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Sachsen-Anhalt liegt mittlerweile bei rund 11 000 €. Sehr geehrte Damen und Herren! Seriöse Finanzpolitik sieht sicherlich anders aus.

(Beifall)

Auch in diesem Jahr wird die Verschuldung weiter ansteigen. Laut Haushaltsplanentwurf werden es diesmal Schulden in Höhe von rund 227 Millionen € sein. Angesichts der aktuellen politischen Gemengelage gehe ich jedoch davon aus, dass der Anstieg deutlich höher ausfallen wird.

Hinzu kommen Schulden in Höhe von rund 700 Millionen € aus dem kreditfinanzierten Coronaschattenhaushalt. Wir leben also nach wie vor über unsere Verhältnisse. Darum droht mittel- und langfristig ein dramatischer Verlust an finanzpolitischem Gestaltungsspielraum. Dazu sage ich Ihnen: Die nachfolgenden Generationen werden es ausbaden müssen. Aufgrund dessen mahnt der Finanzminister - ich zitiere -:

„Wir sind nicht mehr in der Lage, das sage ich auch ganz deutlich, dieses Haushaltsvolumen in den nächsten Jahren noch zu steigern.“

Mit anderen Worten: Die fetten Jahre sind vorbei. Das gilt insbesondere für den Fall einer Zinswende, nicht nur in den USA, sondern auch innerhalb der EU. Aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine und dem damit verbundenen kräftigen Anstieg der Inflation sagt der Konjunkturexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Thomas Obst - ich zitiere -:

> „Am 10. März“

- also schon in wenigen Tagen -

> „ist EZB-Sitzung. Ich bin sehr gespannt, wie die Währungshüter auf die neuen Entwicklungen reagieren werden und ob sie Zinssteigerungen beschließen. Der Ukrainekonflikt stellt sie vor die jetzt noch größere Herausforderung zwischen gedämpften Konjunktur- und gleichzeitig höheren Inflationserwartungen.“

Über die Folgen einer möglichen Zinsanhebung für die Landesfinanzen steht in der mittelfristigen Finanzplanung zu lesen - ich zitiere -:

> „Durch das sehr niedrige Zinsniveau im Allgemeinen verlieren die Zinsausgaben scheinbar […] stark an Bedeutung - schließlich machen diese ab 2022 nur noch weniger als 2,5 % der […] Gesamtausgaben aus. Allerdings ist die Anfälligkeit des Landeshaushaltes für einen Zinsanstieg durch die stark gestiegene Verschuldung […] deutlich erhöht worden. Das heißt, die finanzpolitische Relevanz der Zinsausgaben ist gesunken, die […] Zinssensibilität des Landeshaushaltes ist allerdings in den Jahren 2020 und 2021 stark gestiegen.“

Mit anderen Worten: Wenn die Zinswende kommt, dann wird es richtig teuer und dann bekommt der Finanzminister ein riesiges Problem.

Derweil haben die GRÜNEN offensichtlich vor allem ein Problem mit dem Finanzminister. In einer Pressemeldung gibt die Fraktionsvorsitzende Frau Lüddemann unter der Überschrift „Haushalt klimagerecht umbauen“ mit einem etwas jammerhaften Unterton zu Protokoll - ich zitiere -:

> „Bei der Vorstellung des Haushaltentwurfs am vergangenen Dienstag hat Finanzminister Michael Richter nicht ein einziges Mal das Wort Klimaschutz erwähnt.“

Herr Richter, das geht natürlich gar nicht. Nun haben Sie sich den gerechten Zorn der grünen Klimaideologen zugezogen.

(Beifall)

Frau Lüddemann hat es offensichtlich noch nicht mitbekommen: Der sogenannte Kampf gegen den Klimawandel wurde bis auf Weiteres abgeblasen. Mittlerweile will der grüne Umwelt- und Energieminister Habeck nicht nur Fracking-Gas aus den USA importieren, sondern sinniert außerdem über eine nationale Kohlereserve. Der Kampf gegen den Klimawandel hat sich also fürs Erste erledigt. Nun werden mit dem Segen der GRÜNEN auch weiterhin kräftig fossile Brennstoffe verfeuert.

Wie dem auch sei, in den neuen Landeshaushalt sollen in ausreichendem Umfang Finanzmittel für die Kommunen und für die Neueinstellung von Polizisten eingestellt werden. Damit setzt die Landesregierung Kernforderungen der AfD-Fraktion um. An dieser Stelle zeigt sich, dass es durchaus möglich ist, die regierenden Altparteien aus der Opposition heraus vor sich herzutreiben.

(Zustimmung)

Diese erfreuliche Tatsache kann allerdings nicht über die von der Landesregierung ge-

plante massive Steuergeldvergeudung hinwegtäuschen. Eine erste Durchsicht der Haushaltspläne zeigt, dass auch in diesem Jahr die Absicht besteht, Finanzmittel für die Alimentierung illegaler Zuwanderer, Gender-Mainstreaming, extrem linke Vereine und den sogenannten Kampf gegen rechts zu verschwenden.

(Zurufe)

Darum werden wir die kommenden Wochen dazu nutzen, Einsparpotenziale vor allem in diesen Bereichen, aber auch in anderen Politikfeldern zu identifizieren. Schließlich müssen wir angemessen auf die geänderte politische Großwetterlage und die damit verbundenen finanzpolitischen Folgewirkungen reagieren.

An der folgenden Erkenntnis führt jedenfalls kein Weg vorbei: In den kommenden Jahren werden wir den Gürtel enger schnallen müssen. Jeder Steuereuro kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden. Mit einer Fortsetzung der exzessiven Verschuldungspolitik würden wir uns an kommenden Generationen versündigen. Wir dürfen also nicht zulassen, dass uns die fehlgeleitete Energie- und Klimapolitik der Altparteien weiterhin wirtschaftlich und finanziell ruiniert. Stattdessen müssen wir in wirtschafts- und energiepolitischer Hinsicht zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zurückkehren. Schließlich tragen wir die Verantwortung für das Wohl der Bürger und die Prosperität der Unternehmen in unserem Land.

Außerdem können wir uns keine Fortsetzung multikultureller Gesellschaftsexperimente leisten. Schließlich kann es nicht angehen, dass wir weiterhin junge arabische und afrikanische Männer durchfüttern, die überhaupt kein Recht haben, sich in unserem Land aufzuhalten.

(Zustimmung)

Stattdessen müssen wir uns auf die Bekämpfung von Energie-, Kinder- und Altersarmut bei der einheimischen Bevölkerung konzentrieren.

Ich komme zum Schluss. Auch in diesem Jahr werden wir einen alternativen Haushalt aufstellen, mit dem eingesparte Finanzmittel einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden. Bei der Ausarbeitung unserer Änderungsanträge werden wir vor allem folgende Kernkriterien berücksichtigen: erstens Inländerfreundlichkeit, zweitens soziale Gerechtigkeit, drittens Generationengerechtigkeit und viertens Leistungsgerechtigkeit.

(Beifall)

Bei den nun bevorstehenden Haushaltsdebatten in den Ausschüssen werden wir uns wie bereits in den Vorjahren konstruktiv einbringen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke. - Für die SPD-Fraktion bitte ich Herrn Schmidt nach vorn. - Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Moldenhauer, wissen Sie, auch bei Ihrem Vorgänger, dessen alte Reden Sie hier recyceln,

(Zustimmung)

lief ich nie Gefahr, finanzpolitische Sachkompetenz bewundern zu müssen. Aber wissen

Sie, ganz ehrlich - der kam wenigstens noch in Lederjacke und nicht im hochgeknöpften Hemd -:

(Zurufe: Oh!)

Wenn Sie wenigstens in der äußeren Form versuchen würden, dieser Debatte einen gewissen Grad an Ernsthaftigkeit zu verleihen,

(Zurufe)

wenn Sie das schon mit Ihrem alternativen Fakten-Gaga nicht tun,

(Zuruf: Das ist doch Geschwafel, verdammt noch mal! - Weitere Zurufe)

wäre ich Ihnen wirklich verbunden.

(Zurufe: Gucken Sie doch mal in den Spiegel, Herr Schmidt! - Genau! - Lachen)

Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zurufe)

- Hören Sie doch auf herumzubrüllen

(Zurufe: Hören Sie doch mal auf zu labern, Mann! - Der sieht wenigstens fit aus, der geht wenigstens ins Fitnessstudio und lässt sich nicht so verkommen!)

und setzen Sie sich gerade hin, Herrgott noch mal!

(Zurufe - Lachen)

Die Deutschland-Koalition, sehr geehrte Damen und Herren, hat sich vorgenommen, dafür zu sorgen, dass Sachsen-Anhalt schwungvoll aus der Pandemie kommt, ihre Folgen entschlossen bekämpft und in den kommenden Jahren einen großen Schritt nach vorn macht.

(Unruhe)

Der Nachtragshaushalt mit dem Sondervermögen hat begonnen, das auszulösen. Der Haushalt 2022 wird das fortführen - übrigens ein Rekordhaushalt; der Minister hat es gesagt -, unter anderem dank der Tatsache, dass die Steuereinnahmen aufgrund einer funktionierenden Konjunktur trotz Pandemie so gut laufen, dass man gelegentlich schon versucht ist, von Fersengeld zu reden.

Was haben wir im Einzelnen vor? - Stichwort Kommunen. Mit dem Festbetragsfinanzausgleich für die Kommunen haben wir in der letzten Wahlperiode für eine verlässliche Finanzierung gesorgt. Diese wird in der Höhe - das muss selbstverständlich so geschehen, wie im Koalitionsvertrag zugesagt - auf 1,735 Milliarden € angepasst.

Als Investitionspauschale stehen den Kommunen im Ansatz nun Mittel in Höhe von 150 Millionen € frei zu Verfügung, 25 Millionen € mehr als vorher. Ergänzt wird dies - der Minister hat es gesagt - um Mittel in Höhe von 45 Millionen € im Sondervermögen für den kommunalen Straßenbau. - So wird der Koalitionsvertrag vollständig umgesetzt. Die Koalition hält Wort.

Stichwort Sozialpolitik. Damit Sachsen-Anhalt ein attraktives Land zum Arbeiten und Leben bleibt, brauchen wir einen leistungsfähigen und starken Sozialstaat. Deshalb haben die Bereiche Arbeit, Soziales, Familie, Kinder und Jugend, Demokratieförderung, Integration, Inklusion sowie Gleichstellung im Haushaltsplan für die SPD-Fraktion eine besondere Priorität.

(Zustimmung)

Für große Teile des Finanzvolumens bestimmt übrigens der Bund durch Gesetzgebung die Standards und dementsprechend auch die Kosten. Wir wollen das aber nicht nur beklagen - wir wollen es eigentlich gar nicht beklagen und erleiden -, sondern wir wollen das sicherstellen und finanzieren, weil „lebenswert“ und „Gemeinschaft“ in unserem Land nur so funktionieren.

(Zustimmung)

Die Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich entschlossen, auch nach dem Auslaufen der Bundesförderung aus dem Gute-Kita-Gesetz die Beitragsfreiheit ab dem zweiten Kind beizubehalten und aus Landesmitteln zu finanzieren. Für die vollständige Beitragsfreiheit, die nach meinem Dafürhalten keine Unsummen kosten kann, sind leider keine Mittel im Haushaltsplan vorgesehen, für die Beitragsfinanzierung der Mehrkind-Regelung allerdings sehr wohl.

Nicht vorgesehen ist die vollständige Finanzierung der Schulsoziarbeit, so wie wir sie haben wollen und wie wir sie in der vergangenen Förderperiode auch hatten. Im Koalitionsvertrag ist von Verstetigung die Rede. Das Abwälzen eines Finanzierungsanteils von 20 % auf die Kommunen ist aus unserer Sicht unter Verstetigung nicht zu verstehen.

(Zuruf)

Das müssen die kommunalen Haushalte jetzt verkraften, und es liegt nahe, dass sie sich das in der Jugendarbeit an anderer Stelle abschwitzen müssen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Die wollen noch 5 Millionen € obendrauf!)

Das wollen wir selbstverständlich nicht. Stärker noch wirkt sich die Umverteilung der Stellen nach der Anzahl der Schüler aus. Das ist ein Problem; denn die, die verlieren, haben natürlich nichts davon, dass andere gewinnen. Beides wollen wir in der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2022 für den ländlichen Raum kompensieren.

(Zustimmung)

Stichwort Kultur. Die Pandemie hat insbesondere freie Künstlerinnen und Künstler hart getroffen. Wir brauchen sie als Selbstständige und wir brauchen sie für das Wiedererstehen unserer Kulturlandschaft. Dafür wollen wir eine außerordentliche Starthilfe auf den Weg bringen.

Stichwort Energie. Der Krieg in der Ukraine lehrt uns auf sehr schmerzliche Weise, dass wir es uns nicht leisten können, auf den Import fossiler Energieträger angewiesen zu sein. Deren Ablösung muss schneller und entschlossener angegangen werden, als wir das bisher vorhatten. Eine durchgreifende und bezahlbare Energiewende hat für die SPD-Fraktion Priorität. Sie bietet auch gewaltige wirtschaftliche Chancen für unser Land.

Vor 100 Jahren wurde von Leuna aus die Landwirtschaft revolutioniert. „Brot aus Luft“ hieß das Stichwort. Ich bin stolz darauf, den Wahlkreis Merseburg-Leuna zu vertreten, in dem unter dem Stichwort „Energie aus Luft“ mit grünem Wasserstoff erneut Zukunft geschmiedet wird.

(Zustimmung)

Vor allem wird der Schritt, den das Land nach vorn macht, eingelöst. Das ist ziemlich wichtig und gar nicht einfach. Deswegen bin ich froh, dass der Wieland, der hier schmiedet,

Willingmann heißt; dann wird das nämlich auch etwas.

(Zustimmung)

Ein anderer Strang betrifft die Bereiche Vermeidung von Energieverbrauch und Ertüchtigung der Landesbauten. Dazu hat der Minister bereits etwas gesagt. Wir gründen eine Gesellschaft und gehen Großprojekte ganz anders an als bisher.

Stichwort Wissenschaft. Dieser Bereich entscheidet ganz wesentlich über den Erfolg des Landes und den Erfolg dieser Koalition. Dass wir den Treibstoff für eine Exzellenzinitiative an den beiden Universitäten bereitstellen, mag die Strahlkraft dieser Leuchttürme etwas erhöhen. Dass wir auf hohem Niveau und ohne die vielen, Jahre lang üblichen kleinen Salamischnitte die Grundfinanzierung der Hochschulen inklusive der Tariferhöhungen verlässlich sicherstellen, ist viel wichtiger. Das ist Politik, wie sie sein soll, und das wird sich auszahlen.

Stichwort Wald. Die Kenia-Koalition hat an dieser Stelle viel gestritten und, gemessen daran, relativ wenig erreicht. Mit dem vorliegenden Entwurf steigen die Ansätze für den Bereich der Waldschadensbekämpfung; das ist gut so. Nicht steigen soll die Anzahl der Stellen im Landeszentrum Wald und im Landesforstbetrieb. Dazu warte ich auf Änderungsanträge des großen Koalitionspartners nach dem Motto „Schwarzkittel für Holzhacker“. Ich bin mir ganz sicher, dahin gehend wird noch etwas passieren.

(Lachen und Zustimmung)

Ich könnte, sehr geehrte Damen und Herren, die Liste der Vorhaben, die die Koalition liefert, ebenso fortsetzen

(Zuruf)

wie die Liste des Beratungs- und Veränderungsbedarfs, den meine Fraktion sieht. Aber ich will uns den Spaß in den kommenden Wochen nicht verderben.

An einer Stelle werden wir leider Veränderungen erleben müssen. Die Menschen aus der Ukraine, die der russische Imperialkrieg aus dem Land treibt, aufzunehmen, wird Geld kosten. Aber ich sage, wir schaffen das.

Zum Schluss bleibt mir nur, all denjenigen in den Häusern Dank zu sagen, die an der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben, im Finanzministerium zuvorderst dem Finanzminister.

Ich habe jetzt gar nichts über die planerische Sicherstellung der Einnahmenseite gesagt; das hat der Minister bereits schön dargestellt. Ich will nur sagen: Die Koalition hat auch hierbei bewiesen, dass sie eine Krise handhaben kann. Ich freue mich auf spannende Haushaltsberatungen. - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke, Herr Schmidt. Es gibt eine Frage. - Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Dr. Schmidt, in der letzten Landtagsdebatte haben wir eine Aktuelle Debatte zum Thema Schulsozialarbeit geführt. Ihre Fraktionsvorsitzende Frau Dr. Pähle hat in Aussicht gestellt, dass die SPD-Fraktion 5 Mil-

lionen € draufsatteln will. Davon war in Ihrer Rede nichts zu hören. Meine Frage ist - -

(Zuruf: Nur die Summe nicht! - Weitere Zurufe)

- Okay, er kann ja dann antworten.

Darf ich noch schnell die zweite Frage stellen? - In den Bereich der erneuerbaren Energien soll ebenfalls Geld hineinfließen. Meine Frage ist: Welche konkreten Maßnahmen haben Sie vor, damit der Ausbau beschleunigt wird?

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Zu der ersten Frage bezüglich der Schulsozialarbeit. Ich habe den Betrag nicht genannt. Vermutlich wird am Ende, wenn wir das spitzgerechnet haben, nicht dieser runde Betrag herauskommen. Es gibt zwei Aufgaben, denen wir uns stellen müssen. Erstens müssen wir den Versuch unternehmen, die 20 %, die jetzt dem kommunalen Haushalt übertragen werden sollen und mit denen die Kommunen in Zukunft beteiligt werden sollen, durch das Land zu übernehmen.

(Zustimmung)

Es geht um 380 Stellen, die vom Land weiterhin finanziert werden.

Zweitens müssen wir versuchen, den Verlust für den ländlichen Raum zu kompensieren. Denn die Zahl der Schulen im ländlichen Raum sinkt nicht einfach, weil die Schülerzahlen sinken. Das bedeutet, der Bedarf an Schulsozialarbeit wird nicht geringer. Die Schulen sind weiterhin vorhanden, auch wenn sie ein paar Schüler weniger zu verzeichnen haben. Wenn es in Wittenberg zwei Stellen weniger gibt, dann ist das dort ein Verlust. Die Schulen dort haben nicht viel davon, dass es in Halle fünf und in Magdeburg acht Stellen mehr geworden sind, die gebraucht werden, weil die Schülerzahlen erheblich ansteigen. Beides kann ich Ihnen sozusagen nicht sauber monetarisieren. Wir werden mit der Bildungsministerin noch einmal richtig rechnen müssen. Aber das ist das Vorhaben.

Was die Vorhaben zur Beschleunigung betrifft: Die werden sich - - Ach, da ist sie ja.

(Zuruf: Ja, natürlich! Ich bin da!)

- Ich habe verzweifelt geschaut, wo du bist.

(Zuruf: Nein, ich bin da! Hier kann ich besser zuhören! - Lachen)

- Ja. - Vielleicht liegen auch 5 Millionen € irgendwo herum.

(Lachen - Zuruf: Oh!)

Die Maßnahmen zur Beschleunigung werden im Wesentlichen vom Bund kommen müssen, weil es um Planungsgesetzgebung gehen wird. Das kann man mit Geld vermutlich überhaupt nicht durchschlagen. Das wird haushalterisch gar nicht passieren. Das wird auch nicht im Land passieren. Ich bin in der Tat gespannt, was die Kolleginnen und Kollegen der Ampelkoalition tun werden. Es wird ganz sicher eines passieren: Wenn man das Planungsrecht so vereinfacht, dass man Stromleitungen und Windräder leichter und schneller genehmigen und errichten kann, dann kommen wir in die Gefahr, nicht mehr schützend die Hände über jede Butterblume halten zu können. Ich sehe noch gewaltige Zielkonflikte auf uns zukommen. Das hat mit dem Haushalt aber relativ wenig zu tun.

(Zuruf: Ich glaube, das ging gerade gegen euch! - Olaf Meister, GRÜNE: Meinst du? - Lachen)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke, Herr Schmidt. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion DIE LINKE spricht Herr Henke. - Sie haben eine Redezeit von elf Minuten. Sie haben das Wort.

Andreas Henke (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Vertreter der Regierung! In Anlehnung an Schillers Wallenstein-Trilogie darf ich ausnahmsweise einmal mit einem geflügelten Wort beginnen: Spät kommt Ihr - doch Ihr kommt! Der weite Weg entschuldigt Euer Säumen. - General Isolani hatte einen deutlich weiteren Weg aus dem bayerischen Donauwörth ins Pilsener Rathaus als unser Haushaltsplanentwurf vom Editharing zum Magdeburger Domplatz. Doch darum geht es nicht vordergründig. Mit diesem Zitat übt man eine gewisse Kritik an einem Zuspätkommenden, drückt aber doch gleichzeitig Erleichterung darüber aus, dass er überhaupt gekommen ist.

(Zustimmung)

Wir erkennen sehr wohl Ihre ambitionierte Herausforderung an, sehr geehrter Herr Minister, das Vorjahr mit einem Nachtragshaushalt und Sondervermögen abzuschließen, mit dem Haushaltsplanentwurf in das Jahr 2022 zu starten und schon jetzt den Entwurf für das Jahr 2023 im Blick zu haben. Doch wesentlich ambitionierter als dieser Zeitstrahl ist etwas anderes. Ein Haushalt ist erst einmal nur in Zahlen gegossene Politik. Diese lebt jedoch vom Machen-Können, vom Umsetzen innerhalb geplanter Zeiträume. Insoweit sind bereits mit Blick auf die vielen investiven Vorhaben allein im Rahmen des Corona-Sondervermögens Zweifel nicht ganz unberechtigt.

Aber gut, an dieser Stelle wollen auch wir positiv in die Zukunft schauen, wenngleich das angesichts der Dramatik des Krieges und der Tragödie der Menschen in der Ukraine sowie der geopolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Krieges selbst für die Menschen in Deutschland, darunter Sachsen-Anhalt, derzeit alles andere als leicht fällt.

(Zustimmung)

Schauen wir auf vorhandene Lieferengpässe und die Probleme bei der Beschaffung von Waren und Rohstoffen. Schauen wir auf rasante Preisanstiege für Energie und Treibstoffe. Schauen wir auf enorme Verteuerungen in der Holz-, Bau- oder Transportwirtschaft. Es lässt sich unschwer erahnen, welch große Probleme bei Planungen, Ausschreibungen und dem Ausführen von Vorhaben zu befürchten sind. Sie werden die eine oder andere Haushaltsposition ins Wanken bringen und mit der nächsten Steuerschätzung möglicherweise auch eine Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung erforderlich werden lassen. Denn der jetzt vorgelegte Haushaltsplanentwurf - Herr Minister, das war Ihr Anspruch - hat keine großen versteckten Reserven mehr, etwa geplante, aber letztlich nicht bewirtschaftete Stellen und Planstellen.

Ein Blick in den Einzelplan 07 offenbart eine Reduzierung der Vollzeitäquivalente von bisher 14 500 auf lediglich 14 000 im Jahr 2022. Damit geht eine Senkung der geplanten Personalkostenansätze von rund 1,3 Milliarden € im

Vorjahr auf 1,2 Milliarden € im Jahr 2022 einher. Das bedeutet aber auch, dass Sie von der Schwierigkeit ausgehen - Sie haben es angedeutet -, dass die eigentlichen Bedarfe in den öffentlichen Schulen nicht gedeckt werden können. Die Probleme bei der Gewinnung von Lehrkräften sind hinlänglich bekannt.

(Zustimmung)

Darauf möchte ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen.

Mich beschäftigt vordergründig die Frage: Wie resilient ist Sachsen-Anhalt? Wie resilient sind unsere Städte, Dörfer und Landkreise, die zu einem nicht geringen Teil mit chronischen Haushaltsproblemen kämpfen und zudem von erheblichen Belastungen aus der Pandemie und noch dazu von gravierenden Auswirkungen eines Krieges betroffen sein werden?

Schon jetzt heißt es aus der deutschen Industrie- und Handelskammer, der Krieg werde Deutschland hart treffen, die wirtschaftlichen Folgen seien nicht abzusehen und das für 2022 angestrebte Exportwachstum sei nicht zu schaffen. Die Preise ziehen weiter an - mit Folgen für die Inflation. An der Mai-Steuerschätzung wird das sicherlich ablesbar sein. Umso drängender und wichtiger ist es, die Städte, die Dörfer und die Landkreise unseres Landes zu stärken.

(Zustimmung)

Sie sind Knotenpunkte wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung. Sie sind Ausgangspunkt und Motor des Wachstums. Sie sind Orte der Wertschöpfung, der Kreativität und der Innovation. In ihrer Summe machen sie letztlich das Gelingen von Landesentwicklung aus.

(Zustimmung)

Deshalb sage ich namens meiner Fraktion: Lassen Sie uns den Städten, den Gemeinden und den Landkreisen unseres Landes die Wertigkeit zukommen, die sie verdienen.

(Zustimmung)

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist unverzichtbar, nicht nur für ihr eigenes Gemeinwesen, sondern auch für das Vorankommen des Landes. Auf der kommunalen Ebene entscheidet sich der Erfolg unserer Landesentwicklung. Er entscheidet sich nicht im Wortlaut eines Koalitionsvertrages, sondern in der Machbarkeit und der Realisierung vor Ort. Deshalb haben Kommunen einen Anspruch auf finanzielle Zuweisungen, die eigenverantwortliches Handeln ermöglichen. Wir wissen doch, dass es für viele Gemeinden angesichts ihrer hohen Verschuldung schon jetzt so gut wie aussichtslos ist, ihre Haushalte durch die Kürzung von Ausgaben wieder auszugleichen. Das erkennen offensichtlich auch die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen mit ihrem jüngsten Änderungsantrag zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des FAG an, der vorsieht, die Ausgleichspflicht bis zum Vorliegen eines neuen, modifizierten Gesetzes auszusetzen.

(Zuruf)

Darum, sehr geehrter Herr Minister, können wir, bei aller Wertschätzung für die gestiegenen Schlüsselzuweisungen und Investitionsmittel im Haushaltsplanentwurf, Ihrer Auffassung, die Kommunen seien mehr als angemessen mit Finanzmitteln ausgestattet, keinesfalls zustimmen,

(Zustimmung)

auch weil die gestiegene Investitionspauschale den Wegfall der Kommunalpauschale aus dem Jahr 2021 nicht vollends kompensiert. Es fehlen 35 Millionen €.

Schauen Sie sich die Ergebnishaushalte und die mittelfristigen Finanzplanungen der Gemeinden an, dann sehen Sie die chronische Unterfinanzierung. Allein bei den Sozialausgaben gab es in den letzten Jahren erhebliche Aufwüchse für den Ausbau der Kinderbetreuung, bei den Kosten der Unterkunft oder bei der Eingliederungshilfe. Selbst Kommunen, die sich in den letzten drei, vier Jahren bis 2019 stabilisieren konnten, wurden aufgrund der Pandemiefolgen erneut zurückgeworfen.

Haushaltsrechtliche Erleichterungen waren und sind in der Akutlage zwar hilfreich, aber sie sind nicht dazu geeignet, das grundsätzliche Problem mangelnder Auskömmlichkeit auf Dauer zu lösen. Dieses manifestiert sich zusätzlich durch Einbrüche bei der Gewerbesteuer. Denn irgendwann stehen die Räte und Kreistagsmitglieder erneut vor dem Druck der Konsolidierungsaufgabe und vor der schmerzhaften Beantwortung der Frage, was von dem großen Teil der Daseinsvorsorge noch abkömmlich wäre. Viele kleine Gemeinden sind schon längst auskonsolidiert; es gibt nichts mehr, wo sich der Rotstift noch ansetzen ließe.

(Zuruf)

Welche Perspektiven geben wir ihnen? Welche Aussichten bieten wir ihnen? Was heißt das für die zukünftige Attraktivität der Lebensorte und die Lebensqualität der Menschen? Die Antworten darauf müssen sich aus einem Haushaltsplanentwurf ablesen lassen. Er muss verlässliche Leitplanken setzen.

(Zustimmung)

Vor diesem Hintergrund steht natürlich auch die Erwartung, dass sich der Bund und die Länder dauerhaft auf stabilisierende Maßnahmen für eine zukunftssichernde Finanzkraft der Städte, der Dörfer und der Landkreise verständigen und dass man zu einem politischen Konsens findet. Wir sind gespannt, ob das gelingt.

Der uns vorliegende Haushaltsplanentwurf hat mit seinen Festsetzungen in den Einnahmen und den Ausgaben ein recht imposantes Volumen, keine Frage. Aber werden damit auch die richtigen Prioritäten gesetzt? Gibt es mit diesem Haushalt auch notwendige Impulse für die Landesentwicklung? Selbst wenn die gestiegene Investitionsquote wie auch die FAG-Masse dem Anschein nach dafürsprechen, darf das nicht über die eklatanten Probleme vieler Kommunen hinwegtäuschen. An dieser Stelle hätte es mehr sein müssen - mindestens um die Summe der Abschreibungen abzüglich Sonderposten.

(Zustimmung)

Dann wären durchaus mehr Kommunen in der Lage, den Eigenanteil für Fördermittel aufzubringen. Wenn man dann noch den jetzt immensen Verwaltungsaufwand für die Antragstellung reduziert,

(Zustimmung - Zuruf: Das ist ja unglaublich!)

dann wäre das ein echter Zugewinn.

(Zustimmung)

Beim Landesstraßenbau oder bei der Brückensanierung ist im Vergleich zum Vorjahr z. B. ein deutliches Plus zu verzeichnen. Wenn es auf den sanierten Straßen auch noch mehr

ÖPNV gäbe, dann wäre das ein Trend hin zu zeitgemäßer Verkehrspolitik.

(Zustimmung)

Jedoch lässt der Haushalt eine Finanzierung für den ÖPNV nur so weit zu, wie Bundesmittel das ermöglichen. Auch die Barrierefreiheit im ÖPNV wird nicht vollends bedacht. Ebenso fehlt es trotz des Neubaus von 50 km straßenbegleitendem Radweg an neuen Impulsen für den Radverkehr, etwa reine Fahrradschnellstraßen, Leitsysteme, Abstellanlagen etc.

Mit Blick auf den sozialen Wohnungsbau sind auch die geplante Verwendung der Wohnungsbaufördermittel und die entsprechende Kofinanzierung nicht transparent genug.

Warum es bei den großen Problemen in den Wäldern unseres Landes, z. B. Schadholz, Befall von Bäumen durch Insekten und andere Organismen, Trockenheit und Stürme, für die Landesforstbetriebe und den Nationalpark Harz weniger Geld gibt als im Vorjahr, erschließt sich uns ebenso wenig. Genauso wenig erschließt sich uns, warum im Einzelplan 15 die Titelgruppe 64 - Nachhaltiger Wasserstoff - nur mit Mitteln in Höhe von etwa 1,5 Millionen € und einer Verpflichtungsermächtigung im Umfang von 700 000 € untersetzt worden ist. Schließlich sollte Sachsen-Anhalt in Sachen Wasserstoff ein europäisches Vorzeigeland im Transformationsprozess hin zu einer CO_2-neutralen Wirtschaft werden.

Gute Signale gibt es für den Kulturetat mit einer ordentlichen Steigerung der Gesamtausgaben. Ob die Verteilung für die jeweiligen Kulturinstitutionen und -einrichtungen sowie die Kulturschaffenden angemessen gewichtet ist, werden wir noch einer Bewertung unterziehen. Kritisch erscheint uns das Fehlen von Perspektiven in Form von Verpflichtungsermächtigungen für die freie Kunst und die freien Kulturschaffenden, insbesondere vor dem Hintergrund ihrer durch die Coronapandemie entstandenen Notlagen.

(Zustimmung)

Auch im Wissenschaftsbereich vermissen wir die Vorsorge für die Ausbildung von Lehrern, Ärzten und Zahnärzten. Ein Einlenken bei den Finanzproblemen der MLU ist ebenso wenig erkennbar wie ein Aufwuchs bei den Hochschulbudgets.

Ein Entgegenkommen für die Kommunen zur Finanzierung der Schulsozialarbeit auf bisherigem Niveau ist mit diesem Haushaltsplanentwurf auch nicht vorgesehen. Damit nehmen Sie ein Wegbrechen eines Teils der wichtigen Arbeit an den Schulen in Kauf.

Auch die laut Koalitionsvertrag vorgesehene stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Feuerschutzsteuer sucht man vergeblich. Stattdessen findet sich im Einzelplan 03 eine Halbierung des Mittelansatzes für die Förderung des Erwerbs von Fahrerlaubnissen im Brand- und Katastrophenschutz. Ich denke, das ist kein gutes Signal für die vielen freiwilligen Feuerwehren, die ohnehin schon Nachwuchsprobleme haben.

(Zustimmung)

Ebenso wenig wurden die Erwartungen sowohl des Kompetenzzentrums für Kinder- und Jugendhilfe als auch der Servicestellen für Kinder- und Jugendschutz erfüllt. Auch nicht berücksichtigt wurden nach unserer Erkenntnis die Bedarfe von Frauenzentren und Frauenhäusern, die Hauswirtschaftsstellen angemeldet haben und gern besetzen würden.

Alles in allem werden wir zu diesem Haushaltsplanentwurf noch vieles bereden müssen. - An dieser Stelle will ich meine Ausführungen erst einmal beenden und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke für Ihren Beitrag, Herr Henke. - Als Nächster hat für die FDP-Fraktion der Abg. Herr Bernstein das Wort. Die Redezeit beträgt sechs Minuten.

Jörg Bernstein (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! - Wir haben uns nicht abgesprochen, sehr geehrter Kollege Henke, aber ich habe mir auch ein kurzes Zitat herausgesucht. - Ein bekanntes Sprichwort lautet: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Es sollte die Aufgabe von Haushältern sein, in guten Jahren zu knausern, ein verdrießliches Gesicht zu machen und sparsam mit den Mitteln zu arbeiten, um dann in schweren Zeiten zu sagen: Wir können die Krise finanziell stemmen.

(Zustimmung)

Diesen Luxus haben wir nun leider nicht mehr. Coronabereinigt wurde heute der umfangreichste Haushaltsplanentwurf für unser Bundesland eingebracht. Nur unter Nutzung kreativer Gestaltungsspielräume konnte der vorliegende Entwurf zum Ausgleich gebracht werden. Noch immer gibt es Rufe nach einem Mehr. Das bereitet mir Sorgen, scheint es doch mittlerweile Trend zu sein, an der grundgesetzlich festgeschriebenen Schuldenbremse zu rütteln. Wenn dann sogar der für die Wirtschaft der Bundesrepublik verantwortliche Minister im Fernsehen erklärt: „Dann nehmen wir halt Geld auf; am Ende ist es nur Geld“, dann zeugt das von einer erschreckenden Verkennung der Lage.

(Beifall)

Nahezu überall wird man zu einem ressourcenschonenden Handeln angehalten. Nur Geld scheint keine knappe Ressource mehr zu sein, mit der es wirtschaftlich zu arbeiten gilt. Deshalb möchte ich für die FDP ganz deutlich erklären: Für alle weiteren Ausgabenwünsche sind in den kommenden Haushaltsverhandlungen aus unserer Sicht konkrete Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu erbringen. Das sind wir der jungen Generation schuldig;

(Zustimmung)

denn vor allem sie belasten wir mit neuen Schulden. Wir sprechen heute über einen Haushalt, mit dem noch immer sehr viel Geld für die Bekämpfung der Coronapandemie ausgegeben werden soll. Seit elf Tagen sehen wir uns zudem mit einem Krieg in der Ukraine konfrontiert. Es steht fest, dass die endgültigen Folgen dieses Krieges für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch für unser Land noch nicht einmal im Ansatz zu erfassen sind. Daher müssen wir bei den Haushaltsverhandlungen größtmögliche Ausgabendisziplin wahren und gegenüber den Bürgern klar kommunizieren, dass die finanzielle Lage des Landes weiterhin schwierig bleibt.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte des vorliegenden Entwurfs eingehen. Wir als Freie Demokraten begrüßen es, dass erste Punkte des Koalitionsvertrages bereits im Haushaltsplan 2022 Anwendung finden. In dem Einzelplan der Innenministerin zeigt die Stellenaus-

schreibung bei der Landespolizei in die richtige Richtung, auch ganz ohne Druck aus der AfD-Fraktion.

(Beifall)

Im Bereich der Bildung sieht man seitens des verantwortlichen Ministeriums den weiteren Ausbau digitaler Unterstützungssysteme sowie die stringente Umsetzung des Coronaaufholprogramms als wesentliche Herausforderung des neuen Haushaltsjahres an. Dem können wir uns als Liberale gern anschließen, leisten wir doch damit einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit für unsere Schülerinnen und Schüler.

Über die Frage der Schulsozialarbeit, die bereits von einigen Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen wurde, muss sicherlich noch diskutiert werden. Die Schulsozialarbeit ist aus unserer Sicht bedarfsgerecht, mindestens auf dem derzeitigen Stand, fortzuführen.

Wir unterstützen zudem die Ausweitung der GRW-Mittel beim Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. Insbesondere für die durch die Coronakrise angeschlagene Wirtschaft setzen wir ein wichtiges Signal, um Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt zu erhalten.

(Zustimmung)

Dass diese Mittel dringend benötigt werden, zeigt die hohe Nachfrage. So werden Firmen im Land auch in den nächsten Jahren weitere Unterstützung und Planungssicherheit benötigen. Sie stehen mit Blick auf die Handelsbeziehungen jetzt vor größeren Herausforderungen; denn entweder sind diese nur noch schwer haltbar oder sie brechen durch Sanktionen komplett weg.

Eine klare Schwerpunktsetzung sehen wir zudem bei landwirtschaftlichen Themen wie der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest. In den Haushaltsplanentwurf sind Mittel für die Beschaffung von Kadaversuchhunden sowie für Erlegeprämien eingestellt. In Kombination mit den zu beschaffenden Drohnen haben wir die Möglichkeit, schnell und gezielt gegen die Ausbreitung der Seuche vorzugehen.

(Zustimmung)

Finanzmittel für durch den Wolf verursachte Schadensfälle bedürfen aus unserer Sicht einer Überprüfung. Sie sind so marginal bemessen, dass die Betroffenen kaum noch Anträge stellen, wodurch uns natürlich auch eine verlässliche Datengrundlage fehlt. An dieser Stelle gilt es nachzubessern oder ein umfassenderes Konzept zu erstellen.

Die Folgen der Pandemie werden uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen, wodurch sich neue Herausforderungen für uns ergeben. Einen Schwerpunkt sehen wir Freien Demokraten bei der weiteren Digitalisierung in unserem Bundesland in all den Bereichen, die Minister Richter vorhin bereits angesprochen hat.

Auch das Thema der mentalen Gesundheit steht für uns an herausgehobener Stelle, genauso wie eine auskömmliche Finanzierung von Jugendarbeit, Beratungsstellen und Frauenhäusern.

Mit Blick auf die vielen Unwägbarkeiten, welche uns in nächster Zeit zweifellos erwarten werden, sollten wir uns im Haushaltsplan einen gewissen Spielraum erhalten, um auf die jeweiligen Eventualitäten vorbereitet zu sein. Es gilt z. B. zu hinterfragen, ob die Millionen für die Bekämpfung der Pandemie tatsächlich notwendig sind. Schließlich wurde den Bürgerinnen

und Bürgern die Beendigung der Maßnahmen zum 20. März 2022 angekündigt. Der Ruf nach Normalität ist nicht zu überhören.

Nicht nur mit Blick auf die geplanten Investitionen gilt: Es gibt viele wichtige Baustellen in diesem Land, konzentrieren wir uns auf die wesentlichen und arbeiten wir die Liste mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln mit Maß und Mitte Stück für Stück ab. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke, Herr Bernstein. - Der nächste Debattenredner ist Herr Meister von den GRÜNEN. - Bitte. Five Minutes.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Selten waren die äußeren Umstände bei der Vorlage eines Haushaltsplans so dramatisch und außergewöhnlich wie jetzt. Die Situation ist von der weltweiten Pandemie geprägt, die auch die Menschen in Sachsen-Anhalt traf, gesundheitlich, aber auch in ihrer Lebensführung, wirtschaftlich und finanziell. Jetzt erleben wir einen brutalen Angriffskrieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Menschen sterben, Menschen fliehen. Die nahe Zukunft Europas und damit auch Sachsen-Anhalts ist ungewiss.

In dieser Situation eine Haushaltsdebatte zu führen, fühlt sich nicht nur merkwürdig an; je nach kurzfristigem weiteren Verlauf könnten alle vorgelegten Planungen ganz schnell zu Makulatur, bedeutungslos werden. Daran ist natürlich nicht die Landesregierung schuld, sondern die Umstände. Trotzdem müssen wir diese Aufgabe erledigen, um die Handlungsfähigkeit des Landes zu gewährleisten.

(Zustimmung)

Zunächst ist zu kritisieren, dass der Haushaltsplanentwurf sehr spät eingebracht wurde. Ich bin zwar dankbar dafür, dass auf die entsprechende Kritik reagiert wurde und dass wir das Verfahren mit der heutigen Sondersitzung etwas beschleunigen können, aber es muss klar sein, dass ein Haushalt, der erst im Sommer, also nach etwa der Hälfte seiner Laufzeit, in Kraft tritt, nur noch schwer Gestaltungswillen entfalten kann.

(Zustimmung - Zuruf: Du weißt aber schon, woran das liegt, oder?)

Dass z. B. die hohe angestrebte Investitionsquote von 18 % unter diesen selbst gesetzten zeitlichen Rahmenbedingungen realistisch ist, scheint mir sehr zweifelhaft.

(Zustimmung)

Schaut man auf die nüchternen Zahlen, kommt man nicht umhin festzustellen, dass sich eine stark veränderte Haushaltslage ergibt. So unwirklich es angesichts der weltweiten Situation erscheint, die Haushaltslage hat sich auf der Einnahmenseite, wenn wir von einem halbwegs normalen Verlauf ausgehen, noch nie so günstig dargestellt wie derzeit. Hintergrund sind die veränderten Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Unsere Steuereinnahmen machen nach den Planungen einen geradezu atemberaubenden Satz, nämlich um 1,5 Milliarden € nach oben.

Die mittelfristige Finanzplanung dreht sich innerhalb eines Jahres für 2022 von einem Handlungsbedarf von 1,6 Milliarden € - das war im letzten Jahr die Annahme - auf einen Handlungsspielraum von 200 Millionen €. Eine

ähnliche Dynamik habe ich in der Zeit, in der ich hier tätig bin, noch nicht gesehen. Dabei spielen auch andere Effekte eine Rolle, bspw. die Haushaltsentlastung durch die Schuldenaufnahme.

Dass man bei diesen Haushaltszahlen noch Schulden aufnimmt, liebe Kollegen - - Die FDP wäre in der APO im Dreieck gesprungen, wenn sich die Einnahmen um 1,5 Milliarden erhöht hätten und trotzdem Schulden in Höhe von 227 Millionen € aufgenommen worden wären.

(Zustimmung)

Das möchte ich nur sagen.

(Zuruf)

- Ich sage nur meine Meinung; vielleicht ändern Sie es noch. Ich glaube, an der Regierung sind Sie beteiligt; das habe ich gehört.

(Zuruf)

Unser grundsätzlicher Handlungsrahmen hat sich verändert. Dies dürfte eine Situation sein, die uns auch in den nächsten Jahren begleitet. Die Mipla - diese kann man sich ansehen - weist in den nächsten drei Jahren entsprechende Handlungsspielräume auf.

Wir müssten uns daher nun eigentlich darüber verständigen, wie wir mit dieser neuen, letztlich erfreulichen Lage umgehen. Es müssten Schwerpunkte gesetzt und kommuniziert werden. Es müsste aber auch über Vorsorgeinstrumente geredet werden. Irritierenderweise erfolgt all das nicht. In der Haushaltspressekonferenz der Landesregierung - das war vorhin bereits kurz Thema - ist die veränderte Lage eigentlich nicht erwähnt worden, zumindest nicht ausdrücklich. Ein Gestaltungswille, der sich in Schwerpunkten ausdrücken könnte, war für mich nicht zu erkennen.

(Zustimmung)

Als einen der ganz wenigen konkreten Punkte - ich glaube, es waren fünf - stellt die Landesregierung z. B. die Übernahme von ausgebildeten Polizeianwärtern dar. Entschuldigung, dafür bilden wir sie aus.

(Zustimmung)

Das ist doch keine Maßnahme. Das wäre auf jeden Fall gekommen. Ich hoffe, es ist nicht ernsthaft über die Frage diskutiert worden, ob sie jetzt eingestellt werden, und das noch dazu bei Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden €.

(Zuruf)

Meine Fraktion würde gern Schwerpunkte setzen und die bestehenden Spielräume nutzen, um Zukunftsthemen anzugehen. Wissenschaft und Bildung sind für die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zentrale Themen. Deshalb fordern wir, die Finanzausstattung der Hochschulen im Land um 22 Millionen € zu verbessern.

(Zustimmung)

Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion an der Martin-Luther-Universität ist das ein wesentlicher Punkt.

Wir wollen nicht, dass die Kosten der Schulsozialarbeit auf die Kommunen abgewälzt werden, sondern dass das Land seine Verantwortung wahrnimmt und die Kosten langfristig absichert.

Klimaschutz und Klimaanpassung fordern von uns in den verschiedensten Bereichen, nämlich Energie, Verkehr, Agrar, Forst, neue Investitionen und neue Wege. Außerdem sollte die Wirtschaftsförderung an den Klimaschutz gekoppelt werden. Wir sollten - das ist vielleicht die zentrale finanzpolitische Botschaft - nicht die Gießkanne zücken und alle Bereiche mit Mehrausgaben beglücken, bis wir wieder an der Grenze der Leistungsfähigkeit sind,

(Zustimmung)

sondern klug an den Punkten investieren, die für unsere Zukunftsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sind. Über die Frage, welche Punkte und welche Maßnahmen das sind, werden die Meinungen natürlich auseinandergehen. Wir werden versuchen, unsere Positionen in den anstehenden Haushaltsberatungen mit Änderungsanträgen zu verdeutlichen und, soweit möglich, durchzusetzen. - Danke schön.

(Zustimmung)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Ich danke Ihnen, Herr Meister. - Abschließend spricht für die CDU-Fraktion der Abg. Herr Heuer. - Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! - Herr Moldenhauer, eine Frage: Wenn Sie sagen, dies gelte nur für Inländer, was machen wir mit den Frauen und Kindern aus der Ukraine? - Das nur am Rande.

(Beifall)

Das gehört dazu, aber das haben Sie nicht gesagt. Sie haben konkret von Inländern gesprochen. Aber es erübrigt sich, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Herr Henke, Sie haben aus Schillers „Wallenstein“ zitiert. Sie wissen, dass der Astrologe Seni heißt. Ganz ehrlich: Sie waren gerade der Astrologe und wir in der Koalition sind die Astronomen.

(Zustimmung)

Wenn ich höre, dass das Land die Abschreibungen übernehmen soll, sage ich: Die Kommunen machen die Eröffnungsbilanz, treiben die Abschreibungen nach oben, und das zulasten eines Dritten, nämlich des Landes - das kann nicht richtig sein. So sieht es aus. Aber lassen wir das.

Kollege Olaf Meister, du hast dich gerade über die späte Vorlage des Haushaltsplanes beschwert. Meines Wissens hat die Kenia-Koalition den späten Wahltermin im Juni beschlossen.

(Zuruf)

Ich glaube, ihr habt zumindest zu Beginn an den Sondierungsgesprächen teilgenommen.

(Zuruf: Das war vor allem CDU-Wille!)

Sich jetzt darüber zu beschweren, nachdem auch klar war, dass wir einen Nachtragshaushalt brauchen, dass wir über den Haushaltsplan erst jetzt beraten - sorry, du weißt selbst, wie es läuft -, ist schon etwas schwierig. Das nur am Rande.

Meine eigentliche Rede möchte ich mit einem großen Dank an die Landesregierung, vor allem

an den Finanzminister und seine Mitarbeiter, beginnen.

(Zustimmung)

Es ist gelungen, dem Landtag einen Haushaltsplanentwurf zu übergeben, der ausgeglichen ist und keine globale Minderausgabe enthält. Damit wurde einer fortlaufenden Forderung der CDU-Fraktion im Gegensatz zu vergangenen Jahren Rechnung getragen. - So weit, so gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Entwurf ist aber zugleich auch ein Haushalt mit einem Rekordvolumen von mehr als 13,348 Milliarden €. Wie der Finanzminister schon ausführte, bedeutet das gegenüber dem Ist des Jahres 2021 einen unglaublichen Zuwachs um 1,5 Milliarden €. Berücksichtigt man das kreditfinanzierte Sondervermögen in Höhe von beinahe 2 Milliarden €, welches wir im Dezember 2021 beschlossen haben, stehen in diesem Jahr Mittel in Höhe von mehr als 15 Milliarden € zur Verfügung. Ein Sparhaushalt sieht wahrlich anders aus. Der Vorwurf der Opposition aus der Vergangenheit, dass wir das Land kaputtsparen würden, ist wirklich lächerlich, wie dieser Haushalt zeigt.

Sachsen-Anhalt ist inzwischen - der Finanzminister sagte es - zum Jahresende mit ca. 23,2 Milliarden € verschuldet. Das sind beinahe zwei Jahreshaushalte, meine Damen und Herren. Man kann sich schon die Frage stellen, ob wir auf Krisen vorbereitet sind. Ich sage, das sind wir nicht.

Mein Kollege Bernstein sagte - das Sprichwort führe auch ich an -: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das haben wir definitiv nicht gemacht. Man kann nur eines ohne Geld machen, das sind Schulden, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rekordpersonalbestand im Landesdienst und daraus resultierende Rekordpersonalausgaben. Immer mehr Aufgaben, die die öffentliche Hand finanzieren soll und größtenteils auch finanziert, führen auf Dauer unweigerlich in den Abgrund.

Die aktuelle, beängstigende Lage in der Ukraine zeigt wieder einmal: Nach der Krise - wobei Corona noch nicht einmal ausgestanden ist - ist vor der Krise. Eine rasant steigende Inflationsrate, drohende Exporteinbußen, steigende Energie- und Kraftstoffpreise und eine weltweit bedrohte Ernährungssicherheit führen uns eindringlich vor Augen, dass zwingend ein Umdenken in allen Politikbereichen nötig ist.

Eines dürfte uns alle einen, nämlich das Ziel, unser Sachsen-Anhalt krisensicher und generationengerecht aufzustellen. Die Basis dafür ist und bleibt eine solide Finanzpolitik. Denken Sie bitte in Ihren Beratungen in den Ausschüssen daran. Das setzt voraus, dass wir gemeinsam bereit sind, sowohl in den Beratungen zu diesem Haushaltsplanentwurf als auch in künftigen Jahren die Folgen unserer Entscheidungen zu bedenken. Hierbei möchte ich vor allem auf konsumtive Ausgaben hinweisen; denn diese wirken sich immer auf die folgenden Jahre aus.

Schauen wir z. B. auf die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Ja, sie ist sinnvoll, auch ich befürworte sie und sie wird auch von breiten Teilen der Gesellschaft gefordert. Im Ländervergleich sind wir in dem Bereich schon an der Spitze, was übrigens auch auf die pädagogischen Mitarbeiter zutrifft. Für den Zeitraum von August 2022 bis Juli 2028 stehen dafür Mittel in Höhe von 211,67 Millionen € zur Verfügung. Davon sind ungefähr 127 Millionen € EU-Mittel und jeweils ungefähr 42,3 Millionen € Mittel vom Land bzw. von den Kommunen.

All dies ist sehr sinnvoll. Sind wir aber bereit, Prioritäten zu setzen? Sind wir bereit, an anderer Stelle konsumtive Ausgaben zurückzufahren oder gemeinsam an bestehenden Strukturen zu arbeiten? - Der Wille dazu war in den letzten Jahren nur bedingt erkennbar.

Nehmen wir die Unterrichtsversorgung. In der letzten Landtagssitzung haben die Koalitionsfraktionen den Vorschlag unterbreitet, eine Unterrichtsstunde auf 40 Minuten zu verkürzen. Ja, dem kann man kritisch gegenüberstehen. Aber nur zu kritisieren, wie Sie, Herr Lippmann, es im Bereich der Bildung permanent tun, ohne auch nur einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten,

(Zurufe)

zeugt nicht davon, dass Sie lösungsorientiert arbeiten, Herr Lippmann.

(Zustimmung - Unruhe)

Von Ihnen hört man nur die Forderung nach der Einstellung von mehr Lehrern. Herr Henke hat es doch gerade bewiesen. Er kritisierte das Absenken von 14 500 VZÄ auf 14 000 VZÄ, Herr Lippmann.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Wir verlangen vor allem mehr Ausbildung, verdammt noch mal! Ihr müsst ausbilden an den Hochschulen! Und nicht nur die Hälfte!)

- Ja, hören Sie einfach einmal zu. Wir haben in den letzten fünf Jahren 5 000 Lehrkräfte eingestellt und sind immer noch bei 30 800. Sagen Sie mir, woher Sie die nehmen wollen.

(Zuruf: Ausbilden!)

Auf die Universitäten Druck ausüben wollen Sie aber auch nicht.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Weil wir seit zehn Jahren nicht genug ausbilden! Das wisst ihr doch! Das erzähle ich euch in jeder Sitzung! - Zustimmung)

- Seien Sie ruhig! Das ist doch unredlich.

(Zuruf: Welche ausbilden, wenn keine da sind!)

Ob dabei die Erhöhung der Zahl der Studienplätze in Magdeburg weiterhilft, darf ebenfalls bezweifelt werden, zumal die derzeitigen Kapazitäten sowohl in Halle als auch in Magdeburg nicht ausgeschöpft werden.

(Zuruf)

Es muss auf die Universitäten eingewirkt werden - ich sagte es schon -, damit sie bedarfsgerechter ausbilden.

Kommen wir zur Ernährungssicherheit. Ja, sie ist in Deutschland im Moment gesichert.

(Zurufe)

- Bin ich zu laut?

(Zurufe)

Aber ganz ehrlich: Bleibt das auch so?

(Zuruf: Nein!)

Schauen wir einmal über die Landesgrenzen hinaus. Die Ukraine und Russland produzieren ca. 30 % des weltweit exportierten Weizens. Wird das in diesem Jahr auch so sein? - Wir wissen es alle nicht. Betroffen wären aber wieder die ärmsten Länder. Indien hat gestern angekündigt, seine Getreideexporte zu steigern. Ungarn hat seine Exporte gestoppt, die Ukraine ebenfalls, wahrscheinlich auch aus logistischen

Gründen. Unser Landwirtschaftsminister hat daher am 3. März 2022 zu Recht gefordert, dass die Ernährungssicherheit absolute Priorität haben muss.

(Zustimmung)

Daher müssen ökologische Aspekte - dabei meine ich jetzt übrigens ausdrücklich nicht die Energie -, also etwa Stilllegungen, jetzt zurücktreten. Die deutsche Landwirtschaft hat genügend Potenzial, um die Nahrungsmittelproduktion zu steigern.

(Zustimmung)

Werte GRÜNE! Die CDU steht zu Klima- und Umweltschutz, aber die Ernährungssicherheit muss in dieser Zeit absoluten Vorrang haben.

(Zustimmung)

Dazu kann es nicht zweierlei Meinungen geben.

(Zuruf)

In Sachsen-Anhalt liegt mit der Börde die Kornkammer Deutschlands. In der Kornkammer Europas wird gerade Krieg geführt. Daher haben wir eine besondere Verantwortung und müssen unseren Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherheit leisten. Auch die Produktion von Biosprit muss dringend überdacht werden. Es ist doch Irrsinn, in diesen Zeiten aus Lebensmitteln Treibstoff zu produzieren.

(Zustimmung - Zuruf: Jawohl!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Damit wären wir bei der Wirtschaft. Die Wirtschaft ist die Basis unseres Wohlstandes und unseres Sozialsystems.

(Zustimmung)

Wir haben verdammt noch einmal die Pflicht, unsere vor allem mittelständisch geprägte Wirtschaft durch finanzielle Entlastungen und Bürokratieabbau zu unterstützen.

(Zustimmung)

Die derzeitige geopolitische Lage führt uns wie mit dem Brennglas vor Augen, wie sehr wir uns auf den Lorbeeren der vergangenen Jahrzehnte ausgeruht haben. Was nützt immer mehr Reglementierung, oft mit wirklich gut gemeinten Zielen, wenn wir gleichzeitig die Basis des Erfolges Deutschlands und Europas nicht achten? Die Globalisierung hat Grenzen. Das hat bereits Corona gezeigt. Lieferketten reißen und Produktionsbänder stehen still. Und was machen wir? - Wir diskutieren zum Beispiel über mehr VZÄ im Landesdienst.

Um es klar zu sagen: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist finanzierbar und opportun. Jeder Euro, der von der öffentlichen Hand ausgegeben wird, ist ein Steuer- und Abgabeneuro.

(Zustimmung)

Steigen die Staatsausgaben, dann werden Steuer- und Abgabenerhöhungen die Folge sein. Die steigende Inflation und die dadurch notwendigen Zinserhöhungen werden mittelfristig zu einer zusätzlichen Belastung des Haushaltes werden. Die Zeiten der Negativzinsen sind vorbei. Die CDU steht zu so viel Staat wie nötig, nicht so viel Staat wie möglich.

(Zustimmung)

Das zeigt auch der Zustand unserer Verwaltung auf allen Ebenen. Brauchen wir wirklich eine

dreistufige Verwaltung? - Ich sage ganz klar: Nein! Schauen Sie nach Schleswig-Holstein, dort funktioniert eine zweistufige Verwaltung. Das wäre eine richtige strukturelle Maßnahme. Damit könnten wir sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen heben. Unsere Unternehmer, unsere Kommunen und auch unsere Bevölkerung würden es uns danken. Darin bin ich mir ganz sicher.

Damit möchte ich zu einem weiteren Thema kommen, nämlich zu den Kommunen. Wir werden zusammen mit dem Haushaltsplan 2022 ein sogenanntes Übergangs-FAG mit einem jährlichen Volumen von 1,735 Milliarden € beschließen. Darüber hinaus wird die Koalition in die Diskussionen über ein neues FAG ab 2024/2025 einsteigen. Ein Gutachten für den horizontalen Finanzausgleich wird zeitnah auf den Weg gebracht werden. Ein Gutachten für den vertikalen Ausgleich soll im Jahr 2023 folgen. Die Basis dafür sind aber die Jahresabschlüsse der Kommunen.

Ja, im Koalitionsvertrag steht, dass die Frist für den Ausgleich der Finanzhaushalte bis 2026 verlängert werden soll. Wollen wir aber ein FAG erarbeiten, welches funktioniert, dann brauchen wir die Jahresabschlüsse bis mindestens 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr. Meine Bitte wäre, dass wir diese Verlängerung mit einer verpflichtenden Regelung für die Jahresabschlüsse verbinden. Der Erleichterungserlass des MI vom Oktober 2020 war gut, wurde aber zu wenig genutzt und bisher auch nicht durchgesetzt.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Eines freut mich besonders: die zusätzlichen Mittel in Höhe von 45 Millionen € für die Kreisstraßen und deren Verteilungsschlüssel nach Kilometern. Der Investitionsstau bei den Kreisstraßen beträgt mehr als 1 Milliarde €. Daher sollten wir über die Höhe noch einmal diskutieren, zumal wir in den letzten Jahren beim kommunalen Straßenbau doch deutlich gekürzt haben. Die CDU-Fraktion wird sich darüber hinaus für eine Verstetigung einsetzen.

Ein weiterer wichtiger Schritt in diesem Haushalt ist der Stellenwert der Digitalisierung. Da auch im Sondervermögen viele Millionen Euro bereitstehen, wird es jetzt darauf ankommen, diese Mittel auch auf die Straße zu bekommen. Nach vielen Jahren der Unterfinanzierung in diesem Bereich gilt es jetzt, endlich Fahrt aufzunehmen und Sachsen-Anhalt diesbezüglich deutlich nach vorn zu bringen. Beispielgebend hierfür sollte das Programm „Schulen ans Netz“ sein, welches trotz Corona einen ersten wichtigen Schritt darstellt und auch zeigt: Sachsen-Anhalt kann Digitalisierung. Schade ist natürlich, dass es erst einer Pandemie bedurfte, um in dem Bereich wirklich einen Schritt voranzukommen.

Darüber hinaus muss natürlich auch hinterfragt werden, weshalb es für viele Pflichtaufgaben erst eines kreditfinanzierten Sondervermögens sowohl beim Bund als auch in den Ländern bedurfte. Künftig müssen diese Aufgaben wieder aus den Kernhaushalten finanziert werden. Für die CDU gilt: Die Pflicht kommt vor der Kür.

Ein weiterer großer Schwerpunkt müssen und werden Investitionen in die Krankenhauslandschaft und auch in die Universitäten darstellen. Dafür wurde bereits im Nachtragshaushalt die notwendige Finanzierung - wenn die AfD es gelesen hätte, dann hätte sie es gewusst - durch ein entsprechendes Gutachten sichergestellt. Diesbezüglich bedanke ich mich ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen mit der ehemaligen Staatssekretärin Frau Bröcker.

(Zustimmung)

Für die CDU-Fraktion steht schon seit Jahren fest: Investitionen mit der Gießkanne sind der falsche Weg. Wir brauchen eine stabile und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Stadt und Land.

(Zustimmung)

Dafür braucht es Investitionen sowohl in die Grundversorgung als auch in die Spezialisierung und die Digitalisierung. Ich bin froh, dass der Wettstreit zwischen Magdeburg und Halle allmählich in den Hintergrund tritt. Das zeigt auch die immer besser werdende Zusammenarbeit beider Universitätsklinika. Die Koalition wird auch hierfür einen guten Plan entwickeln. Die ersten Schritte sind in diesem Bereich bereits getan worden und weitere werden vorbereitet. Die entsprechenden Maßnahmen und Zahlen hat der Finanzminister bereits genannt. In den kommenden Wochen wird es dazu noch viele Beratungen in den entsprechenden Ausschüssen geben.

Im Bereich des Hochbaus muss ein größeres Augenmerk auf die Wirtschaftlichkeit und die Realitätsnähe der Kostenplanung gelegt werden. Ein Unterbringungskonzept, welches den Namen auch verdient, ist notwendiger denn je. Fast alle Baumaßnahmen unterliegen immensen Kostensteigerungen. Die Polizeiinspektion Magdeburg ist dafür sowohl kostenseitig als auch hinsichtlich der Bauzeit ein Paradebeispiel. In Zeiten galoppierender Baukostensteigerungen bekommt der Spruch „Zeit ist Geld“ eine noch viel größere Bedeutung. Wir verlieren uns immer in Prüf- und Genehmigungsverfahren. Ein Beispiel dafür: Über das Herzzentrum wurde in diesem Haus bereits im Jahr 2008 debattiert; im Jahr 2019 erfolgte die Baufeldfreimachung; bisher wurde noch kein Stein gesetzt.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Ende komme, möchte ich noch ein paar Kernpunkte für die CDU herausstellen. Für jede weitere Maßnahme, die notwendig oder auch wünschenswert ist, muss eine Gegenfinanzierung gefunden werden.

(Zustimmung)

Konsumtive Ausgaben dürfen nicht durch einmalige Einsparungen, zum Beispiel bei Investitionen, gegenfinanziert werden.

(Zustimmung)

Kein weiterer Personalaufbau! Auch hierfür sollte gelten: Wenn es neuer Stellen bedarf, dann muss an anderer Stelle gestrichen werden.

(Zustimmung)

Klare Priorisierung aller Maßnahmen und Einhaltung der Schuldenbremse.

(Zustimmung)

Der Pensionsfonds muss weiter gestärkt werden. Der Finanzminister nannte vorhin die Auswirkungen für die kommenden Jahre. Wir überschreiten demnächst die Grenze von 400 Millionen €. Ich glaube, das wird im Jahr 2024 der Fall sein, wenn ich denn den Bericht des Landesrechnungshofes richtig gelesen habe. Irgendwann Mitte der 2030er-Jahre wird die Milliardengrenze hinsichtlich der Zahlungen aus dem laufenden Haushalt erreicht werden, wenn wir nicht gegensteuern. Die Tilgung muss deutlich verstärkt werden; denn das sind wir den künftigen Generationen schuldig.

(Zustimmung)

Ich freue mich auf sicherlich wie immer lange und kontroverse, aber auch gute Beratungen mit den entsprechenden Weichenstellungen

für unsere Zukunft. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Zustimmung)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke, Herr Heuer. Jetzt gibt es erst einmal eine Intervention und danach folgen mehrere Fragen. - Bitte, Herr Moldenhauer.

Dr. Jan Moldenhauer (AfD):

Sehr geehrter Herr Heuer, Sie haben mich hinsichtlich der Situation der ukrainischen Flüchtlinge direkt angesprochen. Zunächst einmal vertreten wir die Position, dass diese ortsnah, also in den Nachbarländern, untergebracht werden müssen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir wollen damit nichts zu tun haben, ja?)

Diesbezüglich machen die Polen eine hervorragende Arbeit; das muss man einfach anerkennen. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass einige Ukrainer nach Deutschland kommen, schwerpunktmäßig erst einmal nach Berlin. Jetzt muss ich Sie aber darauf hinweisen, dass ich in meiner Rede von der Alimentierung illegaler Zuwanderer gesprochen habe und dass es sich bei den Zuwanderern, die in den letzten Jahren gekommen sind, um kulturfremde junge Männer gehandelt hat.

(Zuruf: Artfremde! - Weitere Zurufe)

Jetzt sehen Sie, was wirkliche Flüchtlinge sind. Jetzt kommen Frauen und Kinder.

(Zurufe)

Jeder zweite ukrainische Flüchtling ist ein Kind. Das sind wirkliche Flüchtlinge

(Zustimmung)

und denen muss auch geholfen werden.

(Beifall)

Dabei haben Sie sich einfach versündigt, auch Ihre Kanzlerin; denn Sie haben hier Versorgungsmigranten aufgenommen. Die Schulden gehen durch die Decke und Rentner müssen in Mülltonnen herumstochern. Jetzt kommen wirkliche Flüchtlinge und die Schulden sind schon da. Die Schande ist doch, dass Sie diese Versorgungsmigranten im Prinzip einfach hier aufgenommen haben, obwohl sie durch zig sichere Drittländer gekommen sind. Diese können Sie überhaupt nicht mit den ukrainischen Flüchtlingen vergleichen.

(Beifall)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Herr Heuer.

Guido Heuer (CDU):

Ja, darauf muss ich reagieren. - Ich habe Ihnen nur eine Frage gestellt. Ukrainer sind nun einmal keine Inländer und Sie haben konkret Inländer benannt. Wenn Sie das anders meinen, dann sagen Sie das auch so. Es gibt so ein Sprichwort: Vor Betätigen des Mundwerkes … Mehr will ich dazu eigentlich gar nicht sagen.

Das, was in den Jahren 2015 und 2016 passiert ist, ist mittlerweile Schnee von gestern;

(Zurufe: Nein! - Das haben wir immer noch! - Immer noch!)

denn das, was jetzt kommt, setzt - -

(Zuruf: Gucken Sie mal den Sozialhaushalt an!)

- Nein, nein, nein. Wir haben innerhalb von elf Tagen mehr Flüchtlinge in der EU registriert als in den Jahren 2015 und 2016 zusammen gekommen sind, um das einmal klar zu sagen.

(Zustimmung)

Wir hier haben eine Verantwortung innerhalb Europas und die Ukraine liegt mitten in Europa.

(Zustimmung)

Wenn Sie sagen, das ist weit weg, zuerst sollen die Nachbarländer aufnehmen - ganz ehrlich: Wenn Sie von Frankfurt (Oder) nach Lemberg fahren, dann reden wir über nicht einmal 1 200 km. Das ist einmal München hin und zurück - um das einmal klar zu sagen. Das ist einfach so.

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke. - Es gibt eine Frage von Frau von Angern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Heuer, ich lausche Ihren Redebeiträgen immer sehr sorgfältig. Etwas, das mir heute neu war, war die Tatsache, dass Sie ein persönliches Feindbild, nämlich die Kommunen, haben.

(Zurufe: Ah!)

Dazu will ich nur sagen, diese Sicht der CDU ist mir tatsächlich neu.

(Zuruf - Lachen)

Fakt ist aber ganz klar - ich glaube, darin können Sie mir nur zustimmen -, dass selbstverständlich das Land bzw. der Landtag oder wir bzw. Sie mit Ihrer Landesregierung die Voraussetzungen für die Eröffnungsbilanzen, die die Kommunen dann machen können, setzen.

Das, was bei Ihnen aber nicht neu, sondern ein wiederkehrendes Moment in Ihren Reden ist, sind die Aussagen, dass wir in einigen Politikbereichen zwingend umdenken müssen und dass wir Prioritäten setzen müssen. Nun würde ich das nachvollziehen können, wenn Sie aus der Opposition heraus reden würden. Aber Sie reden als Teil der Koalition. Ich möchte daran erinnern, dass es die Kenia-Koalition war, die die Rücklagen komplett aufgebraucht hat. Auch damals gab es schon diesen Ministerpräsidenten und auch damals wurde das Finanzministerium von der CDU geführt.

Jetzt komme ich zu meiner Frage. Sie sind hier kein Zuschauer, Herr Heuer, Sie sind ein Akteur. Deswegen frage ich Sie als Akteur jetzt: Was sind denn tatsächlich die Dinge, die Sie in welchen Bereichen wie verändern wollen? Welche Prioritäten wollen Sie anders setzen, damit das, was Sie sich wünschen, dabei herauskommt?

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Herr Heuer.

Guido Heuer (CDU):

Darüber können wir uns gern in den Ausschüssen unterhalten; dort bin ich ja auch vertreten. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass ich den Verbrauch von Rücklagen oder das Zugreifen auf die Steuerschwankungsreserve schon in den letzten Jahren, auch aus der Koalition heraus, kritisiert habe. Ich glaube, Sie werden mir bestätigen, dass das so war.

Aber eines weise ich zurück: Ich weise zurück, dass ich ein Feind der Kommunen bin.

(Zuruf - Lachen)

Das ist harter Tobak, Frau von Angern, das muss ich jetzt einmal sagen. Ich war maßgeblich daran beteiligt, dass wir wieder Gelder für die Kreisstraßen einstellen. Das ist so und darüber werden wir auch noch einmal diskutieren. Aber ich sage: Ich erwarte für die Basis eines neuen FAG etwas. Denn ich wünsche mir nichts mehr als dass wir ab dem Jahr 2024 ein neues Finanzausgleichsgesetz haben, das von 90 % bis 95 % aller Beteiligten auch akzeptiert wird.

Wir drehen uns doch im Kreis. Zurzeit ist es mit dem FAG doch so: Die Kommunalfinanzer sagen: Das ist ja wie „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Es geht immer nur um Aufwuchs, Aufwuchs, Aufwuchs. Ich weiß, dass der Finanzminister sich über die Diskussion über das vertikale Gutachten nicht gefreut hat, weil es für uns Mehrkosten bedeuten könnte, wenn wir das machen. Aber eines müssen die Kommunen tun, und das sind die Jahresabschlüsse. Wir kennen das doch auch mit dem Finanzhaushalt. Das steht im Koalitionsvertrag. Das mache ich alles mit. Aber die Frage sind die Jahresabschlüsse. Denn wenn ich einen Bedarf anmelde, muss ich den nachweisen. Und wenn es Kommunen gibt, die seit dem Jahr 2013 keinen Jahresabschluss haben - wie wollen die denn den Bedarf nachweisen? Mal ganz ehrlich.

(Zustimmung)

Das ist doch die Frage. Und ich habe bewusst

(Zurufe)

weder „geprüft“ noch „ungeprüft“ gesagt. Ich habe gesagt, die Jahresabschlüsse bis zum Jahr 2019 brauchen wir dringend. Wir brauchen die Abschlüsse des letzten Vor-Corona-Jahres, dann kann man den Bedarf auch vertikal konkret ermitteln. Ich glaube, das wäre der richtige Weg.

(Zuruf)

Ich bitte die Koalitionsfraktionen darum, neben der Verlängerung des Ausgleiches der Finanzhaushalte auch das auf den Weg zu bringen.

Und wenn Sie nach weiteren Schwerpunkten fragen: Nehmen wir einmal das Krankenhausgutachten. Dazu stand ich hier - ich glaube, es war im September 2020 - ewig lange vorn. Damals ging es um das Krankenhaus in Havelberg und Herr Gallert hat mir dazu viele Fragen gestellt.

(Zuruf)

Das ist eines unserer wichtigsten Probleme und das müssen wir angehen.

Wenn ich auf den Bereich Bildung abhebe, auf das, was Herr Lippmann vorhin dazwischengerufen hat, dann sage ich: Das, was die 5 000 Lehrer betrifft, sind doch aber Fakten. Woher wollen wir die denn nehmen? Das, worum wir uns kümmern müssen, ist, dass unsere

Universitäten sich bei aller Freiheit von Forschung und Lehre an dem Bedarf, an dem, was wir brauchen, orientieren. Das muss doch passieren. Wir können sie nicht zwingen, aber wir müssen darauf hinwirken, dass sie es tun.

(Zuruf)

Nur so kriegen wir das hin. Prof. Tietje saß damals hier im Finanzausschuss und ich habe gesagt: Wenn wir 100 Chemielehrer und 20 Sozialkundelehrer brauchen - das hat jetzt nichts mit Sozialwissenschaften zu tun; das ist nur ein Beispiel -, dann können wir doch nicht 100 Sozialkundelehrer und 20 Chemielehrer ausbilden. Die Antwort war: Wir haben nicht genug Labore. In einem sind wir uns doch alle einig: An Laboren wird es nicht scheitern. - So viel ganz kurz zu dem Thema Prioritäten. Alles Weitere teile ich Ihnen im Ausschuss mit.

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke. - Es gibt zwei weitere Fragen. Als erste Fragestellerin ist Frau Frederking an der Reihe.

Guido Heuer (CDU):

Ach, jetzt kommt Umwelt.

(Lachen)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Keine Angst, erst kommt Zustimmung. Die Ernährungssicherheit hat Priorität, und zwar für alle Menschen. Ich teile auch ausdrücklich die Forderung des Landwirtschaftsministers, eine Bestandsaufnahme zur Lebensmittelversorgungssicherheit zu machen. Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass die Nutzung der Stilllegungsflächen zeitweise geändert wird.

(Zurufe: Oh!)

Aber dafür müssen doch die ökologischen Bewirtschaftungsmethoden nicht in den Hintergrund treten.

(Zustimmung)

Ich will ein Beispiel nennen. In den Jahren 2018 bis 2021 sind die Ernten infolge von Dürren und Trockenheit eingebrochen, und eben nicht wegen ökologischer Maßnahmen.

Jetzt kommt meine Frage: Was soll es bringen, wenn die Ökosystemleistungen, wie zum Beispiel Bestäubung, Wasserverfügbarkeit oder Bodenfruchtbarkeit, nicht in Balance gebracht werden, um die Ernten zu sichern?

Guido Heuer (CDU):

Liebe Doro, mit der Frage habe ich förmlich gerechnet. Aber ganz ehrlich: Wenn ich nicht satt bin, kann ich mich auch an keinem hübschen Vogel erfreuen -

(Zustimmung - Zuruf: Richtig!)

um das einmal klar und deutlich zu sagen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Man kann sich auch sattsehen!)

- Ja, Vegetarier werde ich mein Lebtag nicht.

(Zuruf: Nein!)

Fleisch ist ein Stück Lebenskraft. Aber sei‘s drum.

(Lachen und Zustimmung)

Nein, Doro, jetzt einmal eine ernsthafte Frage. Ich freue mich erst einmal darüber, dass du sagst, die Stilllegung muss nach hinten treten. Das hätte ich von dir jetzt wirklich nicht erwartet.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Noch einmal! Ich habe das jetzt nicht gehört!)

- Dass wir das überprüfen müssen mit der Stilllegung, dass du dafür offen bist, freut mich. Kompliment! Vor einem Jahr oder noch vor drei Monaten hätte ich das von dir wahrscheinlich nicht erlebt.

Aber eines kommt hinzu: Wenn es um die Ernährungssicherheit geht, dann geht es um Erträge je Hektar. Der Preis für 1 t Weizen hat meines Wissens jetzt die Schwelle von 200 € überschritten. Hier sitzen Bauern, die wissen das besser als ich;

(Zuruf)

aber ich glaube, ich habe das richtig gelesen. Im Moment - darum sage ich das - erreicht der Preis für 1 t Weizen gerade ungefähr den Preis seines Brennwertes. Das ist eine Tatsache und darüber müssen wir reden.

Wir haben in den letzten fünf Jahren lange über den Ökolandbau gesprochen. Aber eines ist doch klar: Wenn wir den Ökolandbau weiter forcieren, dann sinken die Erträge.

(Zuruf. Ja!)

Und ich sage euch, die Erträge sinken sowieso, weil die Stickstoffproduktion gefährdet ist. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall - Zuruf: Unbezahlbar! - Weitere Zurufe)

Diesbezüglich müssen wir einen Konsens finden. Bei der Energie bin ich - - Wir machen doch alle einen Lernprozess durch.

(Daniel Roi, AfD: Der Weizenpreis ist bei 400 €!)

Ich sage, wir müssen uns - das ist jetzt Konsens - von Russland unabhängiger machen. Dazu können die erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag leisten. Dass wir dafür die Zahl der Windkraftanlagen ausgerechnet in Sachsen-Anhalt verdoppeln müssen, das halte ich für ein Gerücht. Aber dass wir in dem Bereich etwas tun müssen, Fotovoltaik oder wie auch immer, ist richtig. Aber ich halte nichts davon, dass wir weiterhin Nahrungsmittel in Energie umwandeln. Davon halte ich nichts.

(Zustimmung)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke. Es gibt eine Nachfrage von Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich glaube, da kommen wir jetzt gut zueinander. Ich wollte nur den Fokus meiner Frage spezifizieren, und zwar geht es doch darum, das zu erhalten, was uns erhält.

(Zustimmung)

Die Landwirtschaft ist unglaublich verletzlich geworden, insbesondere aufgrund der Folgen

des Klimawandels. Deshalb brauchen wir ökologische Maßnahmen. Ich rede jetzt nicht nur vom Ökolandbau, sondern auch von der konventionellen Landwirtschaft. Wir brauchen Erosionsschutzhecken. Wir brauchen mehr Bodenfruchtbarkeit durch Mistausbringung. Diese ganzen Methoden werden jetzt auch über die neue Gemeinsame Agrarpolitik gefördert. Deshalb halte ich es nicht für sinnvoll zu fordern, dass diese Methoden in den Hintergrund treten sollen.

(Zustimmung)

Jetzt noch einmal meine Frage: Warum sollen diese Methoden nicht durchgesetzt werden? Warum soll man das Gute nicht tun?

Guido Heuer (CDU):

Ich will ganz kurz darauf eingehen. Um Erosion zu verhindern, sollte man den Borkenkäfer bekämpfen; denn dann würde mehr Wald stehen bleiben. Das ist das eine. Das wäre vielleicht auch ganz sinnvoll.

Das Zweite ist: Wenn du sagst, wir brauchen mehr Mist auf den Äckern, dann lass uns die Tierproduktion fördern. Lass uns beide mehr Fleisch essen, dann würde mehr Mist produziert werden und dann könnten wir den auf den Acker bringen.

(Lachen und Zustimmung)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Gut, danke. Es gibt eine weitere Nachfrage. - Herr Lippmann, bitte.

(Zurufe: Oh! - Unruhe)

Guido Heuer (CDU):

Ach, jetzt wird es noch einmal lustig.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Gemach, ganz ruhig. Herr Heuer kriegt die Chance, noch ein paar kurze Ausführungen zu dem von ihm selbst aufgemachten Bereich des Lehrermangels zu machen.

(Zurufe: Nein! - Die Frage! - Fragen während der Rede! - So kümmern sich die Koalitionäre um Lehrer und Lehrerinnen! - Auf Wiedersehen! - Weitere Zurufe)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Herr Lippmann hat das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Das dachte ich eigentlich auch.

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Bitte, stellen Sie Ihre Frage.

(Zurufe)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Herr Heuer, Sie haben das Problem des Lehrkräftemangels angesprochen. Wir haben dazu schon einiges hin und her gerufen. Nun haben wir aktuell an der Universität in Halle erneut eine vom Land erzwungene Kürzungsdebatte, die am Ende auch die Lehrerausbildung be-

treffen wird. In der aktuellen Vorlage wird darauf hingewiesen, dass die Personalaufwüchse der letzten Jahre, um die Lehrerausbildung aufzubauen, bis 2027 befristet sind und deswegen drei Professuren mit einem kw-Vermerk versehen worden sind. Dann heißt es: Darüber hinaus sind in der gesamten Fakultät Einsparungen durch konkrete Kapazitätsbegrenzungen und eine Anpassung der Personalstruktur zu realisieren und als Sparbeitrag der Fakultät das Ausbringen eines kw-Vermerks bei einer weiteren Professur vorzusehen.

Wie stehen Sie zu diesen Kürzungen an der MLU im Bereich der Lehrerausbildung? Wie stehen Sie dazu, dass wir in ganz vielen Fächern seit Jahren, bis heute, nicht einmal die Hälfte, zum Teil nur ein Drittel dessen ausbilden, was wir an nachgewiesenem Bedarf haben?

Wie stehen Sie dazu, dass wir gleichzeitig in jedem Jahr, bis heute, Hunderten Bewerberinnen und Bewerbern eine Ablehnung auf ihre Bewerbung zur Aufnahme eines Studiums schicken? Wie wird sich die Koalition, wie wird sich die CDU dafür einsetzen, dass die Lehrerausbildung

(Zuruf: Qualität!)

endlich bedarfsgerecht ausgebaut wird, und zwar nicht nur in Halle,

(Zuruf: Qualität in der Ausbildung!)

sondern auch in Magdeburg?

(Zuruf: Bedarfsgerecht!)

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Nur ganz kurz. Zunächst muss ich einmal fragen - das weiß ich jetzt gar nicht; so weit bin ich noch nicht vorgedrungen -, welche Professuren jetzt überhaupt mit einem kw-Vermerk versehen worden sind. Wenn es Japanologie ist, könnte ich damit gerade noch leben.

(Lachen - Zuruf: Für Lehrer!)

Das muss ich jetzt einmal sagen. Die Frage ist doch aber, wie wir die Kapazitäten der Studienplätze, die jetzt da sind, auslasten. Die sind ja nicht einmal voll ausgelastet.

Eines ist Fakt: Universitäten können in einem gewissen Rahmen auch lenken. Wenn ich natürlich danach gehe: „je mehr Studenten, je mehr Einnahmen“, dann ist das der falsche Weg. Unser Landesinteresse muss doch sein - das habe ich vorhin gesagt -, dass wir bedarfsgerecht ausbilden. Es wird immer irgendwo eine Fluktuation geben.

(Zuruf)

Wir können doch nicht erwarten, dass jeder Student, der in Halle oder in Magdeburg studiert,

(Zuruf)

automatisch im Land Sachsen-Anhalt bleibt. Das ist einfach so. Wenn man sich einmal überlegt, was für Probleme wir gerade in den MINT-Fächern haben - - Ich komme tagtäglich mit Schulen in Berührung. Aus meiner Generation kommen noch viele Lehrer und viele Schulleiter.

(Zuruf: Genau!)

Einige davon sind übrigens Mitglied Ihrer Partei; die denken aber ganz anders als Sie, denn die sehen die GEW als Problem. Das nur einmal am Rande.

(Zurufe)

Das muss man nämlich auch einmal klar und deutlich sagen. Sie stellen sich hier hin und meckern nur. Wie kriegen wir denn eine Uni dazu, dass sie sich am Bedarf orientiert? Ich sage Ihnen, wir werden nicht an Laboren sparen, definitiv nicht. Ich habe gehört, dass selbst die Hochschule Merseburg der Uni Halle

(Zuruf von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Labore zur Verfügung stellen würde.

(Monika Hohmann, DIE LINKE: Ja, seit drei Jahren!)

Warum wird es nicht gemacht?

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das fragen Sie uns? - Weitere Zurufe)

Wer lehnt es denn ab?

(Monika Hohmann, DIE LINKE: Das müssen Sie doch machen! Sie sind doch in der Landesregierung, oder nicht?)

So weit dazu. Alles andere machen wir im Ausschuss.

Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke, Herr Heuer. - Damit ist die Debatte beendet und wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Abstimmung

Ich habe gehört - bei Herrn Heuer klang es an -, dass eine generelle Überweisung gewünscht wird.

(Lachen - Guido Heuer, CDU: Ach so, ja! Sorry, Herr Präsident!)

- Nein, ich habe das gehört.

(Guido Heuer, CDU: Gut!)

- Das kann man dann im Protokoll nachlesen. - Ich habe also mitgenommen, dass Sie eine generelle Überweisung beantragt haben. Dann können wir darüber abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022 in der Drs. 8/809. Wer einer generellen Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle.

Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag auch für den Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2022 gilt. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Drs. 8/810. Wer einer generellen Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist ebenfalls einstimmig.

Damit haben wir die erste Lesung beendet. Ich habe vorhin vom Finanzminister gehört, ich solle es etwas beschleunigen. Ganz so schnell sind wir nicht. Wir haben also jetzt die Möglichkeit, über das Haushaltsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz in den Ausschüssen unter der Federführung des Finanzausschusses zu beraten. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg und eine gute Hand. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Schlussbemerkungen

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und berufe den Landtag für den 24. und 25. März 2022 zur 9. Sitzungsperiode ein. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Schluss: 11:32 Uhr.

Herausgegeben vom Landtag von Sachsen-Anhalt
Eigenverlag
Erscheint nach Bedarf